

Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg, Hammerbrookstr. 82, I.

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Hamburg).

Vereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 M , Geschäfts-Anzeigen 15 M , doch ist bei Einbringung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75 M . — Für Einzel-Abonnements pro Quartal M. 1,20.

Die gewerbliche Kinderausbeutung.

Die deutsche Arbeiterschutzesetzgebung hat das Unglück, daß ihre größten Lobhudele auf jener Seite stehen, die sowohl jeder Vervollkommnung derselben, als auch jeder energischen Durchführung sich auf's Eifrigste widersetzt. Ein Lob aus solchem Munde ist schlimmer als die ernsteste Kritik aller ehrlichen Förderer des Arbeiterschutzes, die wenigstens Gewähr bieten, daß das wenige Gute, das in dieser Hinsicht geschaffen ist, auch erhalten und angewendet wird. Genau so unsympathisch muß uns auch das Lob berühren, das der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, in seiner bekannten Rede vom 13. Dezember 1897, die in verschiedener Hinsicht von Bedeutung war, der deutschen Sozialreform spendete, indem er sie über die Leistungen aller übrigen Staaten der Welt stellte, zu gleicher Zeit aber mit heftigen Ausfällen gegen die sozialpolitische Zivilregiererei, gegen den sozialistischen Polizeistat und Gefängnisstaat den großen Rückschlag der Sozialreform einleitete, der auch im Mangel irgend welcher sozialpolitischer Vorlagen zur neuen Reichstagsession deutlich zum Ausdruck kam. Und dabei ist es eine offenkundige Tatsache, daß Deutschlands Arbeiterschutzes längst von den Schutzgesetzen der umgebenden Staaten überholt ist. Die Schweiz hat seit 1878 den elfstündigen Normalarbeitstag und Oesterreich seit 1885 den elfstündigen Maximalarbeitstag für alle erwachsenen Fabrikarbeiter, während es Deutschland „an der Spitze der Sozialreform“ bisher nur zum Maximalarbeitstag für Fabrikarbeiterinnen gebracht hat. In England herrscht seit drei Jahrzehnten der zehnstündige Tag für die Textilindustrie, für Belgien der 10—11 $\frac{1}{2}$ stündige Maximalarbeitstag in der Woll- und Textil-, Zucker-, Tabak- und Montanindustrie, und selbst Rußland hat sich im Vorjahre gemüht, den elfeinhalbstündigen Maximalarbeitstag für alle erwachsenen Arbeiter in Fabriken, Bergwerken, Staatsbetrieben und Eisenbahnwerkstätten einzuführen. Dagegen ist in Deutschland die so überaus schwächliche Bäckerreform mit der zwölfstündigen Maximalarbeitsnacht noch nicht einmal gegen Verschlechterungen sicher, wie die schwankende Haltung der Regierung beweist.

Wenn es aber ein Gebiet des Arbeiterschutzes giebt, gegen dessen Erweiterung selbst das engherzigste Parteiinteresse seinen Widerspruch aufgeben müßte, so ist es das des Kinderschutzes. Wer noch einen Funken von Gefühl für Kultur und Menschlichkeit, für Sittlichkeit und Verantwortlichkeit übrig hat, der muß sich erheben gegen die gewerbliche Ausbeutung zarter, noch nicht einmal der Schule entwachsener Kinder, und gesetzliche Schranken fordern gegen den vom engherzigsten Profitinteresse diktierten langsamen Kindermord. Denn ein langsames Dahinmorden ist es, wenn in gewerblichen Werkstätten acht- bis vierzehnjährige Kinder Tag aus Tag ein zu eintöniger Arbeit angetrieben und um die gerade dem kindlichen Körper so notwendige freie Erholung und natürliche Entwicklung aller Kräfte und Fähigkeiten im Spiel und in der Natur gebracht werden; und frühzeitige Verkümmern, Siechtum und Tod ist das Loos der beklagenswerthen Kleinen, die in unserer herrlichen Wirtschaftsordnung schon vom vierten Jahre an von ihren eigenen Eltern gewerblich ausgenutzt werden. So lange solche Zustände bestehen und selbst von den staatlichen Gewerbeinspektoren, allerdings nur zum kleinsten Theile, aber mit anerkennenswerthem Eifer, aufgedeckt werden, so lange ist es uns schwer verständlich, von einem Zuviel der Sozialpolitik und einem Ueberspannen des Bogens sprechen und eine Vertagung des Arbeiterschutzes gut heißen zu können.

Aber menschliche Gefühle und Regungen haben in der Politik keine Heimstätte, sondern die wirtschaftlichen und persönlichen Interessen sind die ausschlaggebenden Faktoren, und von diesem Gesichtspunkte aus ist von den Parteien des Unternehmertums keine Einschränkung der Kinderausbeutung zu erwarten. Denn diese Ausbeutung ist profitabel wegen der billigen Arbeitslöhne der Kinder und zugleich wegen der lohndrückenden Tendenz der Kinderarbeit in Bezug auf die Löhne der Väter und Mütter, weshalb jene Kreise sich denn 1891, als die Altersgrenze für den gesetzlichen Kinderschutz erhöht wurde, ganz energisch gegen diese Reform auflehnten. Es handelte sich um die Ausdehnung des Fabrikarbeitsverbots für Kinder vom 12. bis zum 13. Jahre bzw. bis zum Ablauf der Volksschulpflicht. Welches Unglück wurde nicht alles aus Anlaß dieser geringfügigen Reform prophezeit: Die Industrie sollte in ihrem Wettbewerb auf dem Weltmarkt geschädigt, ja gänzlich verdrängt, und die Arbeiterfamilien an den Bettelstab gebracht oder der Armenunterstützung überliefert werden. Die vom Erwerb ausgeschlossenen Kinder würden der erzieherischen Wirkung geregelter Aufsicht und Thätigkeit entbehren und der Verrohung und Zuchtlosigkeit anheimfallen und die Industrie würde nach freieren Ländern auswandern, wo derartige Beschränkungen unbekannt seien. Die Beschränkung wurde aber trotzdem Gesetz und sie hat wenigstens der fabrikmäßigen Kinderausbeutung einen Niegel vorgeschoben. Infolgedessen sank die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder rasch herab. 1890 wurden nach der offiziellen Inspektionsstatistik in Deutschland 27 485 Kinder von 12—14 Jahren in Fabriken ermittelt; im Jahre 1892, an dessen 1. April der erweiterte Kinderschutz in Kraft trat, wurden nur noch 11 212 gezählt, also eine Abnahme um 16 273 oder zirka 60 pZt. 1894 war der Tiefstand von 4259 erreicht, und von da ab ging es wieder langsam aufwärts. 1895 war ihre Zahl wieder auf 4327 gewachsen und die Zählung von 1896 fand 5312 Kinder in Fabriken vor. Hingugefügt sei, daß diese Zahlen keineswegs zweifelsfrei sind, da sie größtenteils auf ortspolizeilichen Ermittlungen beruhen und die Inspektionsbeamten sehr oft bedenkliche Unrichtigkeiten nachweisen müssen. Die neuerliche Zunahme der kindlichen Arbeitskräfte in Fabriken kann nicht ohne Bedauern festgestellt werden und verweist auf eine Lücke des gesetzlichen Schutzes, dessen Erweiterung bis zum 14. Lebensjahre unumgänglich notwendig ist; dann muß aber auch die Volksschulpflicht in allen Einzelstaaten dementsprechend geregelt werden, daß keine Kinder vor Beendigung des 14. Jahres aus der Schule entlassen werden. Eine Ueberleitung im letzten Schuljahre zum Fortbildungsschulunterricht wäre gewiß lebhaft zu wünschen.

Wo aber ist das hohe Kinderkontingent hingekommen, dem der Arbeiterschutzes die Fabrikthore geschlossen hat? Daß sie nunmehr gänzlich der gewerblichen Ausbeutung entzogen seien, glaubt Keiner, der mit den Verhältnissen vertraut ist; vielmehr hat das Fabrikarbeitsverbot bloß zur Folge gehabt, daß das Unternehmertum die Kinderausbeutung in nicht fabrikmäßigen Werkstätten und in der Hausindustrie um so schwunghafter betrieb.

Aus zahlreichen Bezirken melden die Berichte der Inspektionsbeamten eine starke Zunahme der Hausindustrie, und sie schildern in krasser Fülle die unsäglich traurigen, meist unkontrollierbaren Verhältnisse, in denen zarte Kindesleiber dem Kapital frohnden müssen, die schlechten Arbeitsräume, die lange Arbeitszeit, die Pfenniglöhne und die nachtheiligen Wirkungen dieser Ausbeutung auf die Körper- und Geisteskräfte

der Kleinen in Haus und Schule. Schullehrer und Privatforscher haben Enqueten und Statistiken veranlaßt, diese Mißstände zahlenmäßig festzustellen, und mancherorts haben sich die Gemeindebehörden gezwungen, gegen die Kinderbeschäftigung Verbote auf Grund des § 120d der Gewerbeordnung zu erlassen, ohne freilich genügende Mittel zu deren Durchführung zu haben.

Wer angesichts solcher Zustände von der Zulänglichkeit des deutschen Kinderschutzes sprechen wollte, der ist entweder ein kalter Egoist oder ein denkfauler Ignorant. Wie gering der Prozentsatz der in kontrollierten Fabriken unter gesetzlichem Schutz arbeitenden Kinder gegenüber den ungeschützt und unkontrolliert Ausgebeuteten ist, davon geben uns die Ergebnisse der 1895er Berufszählung einen ungefähren Begriff.

Nach dieser Zählung wurden am 14. Juni 1895 in Deutschland 214051 erwerbsthätige Kinder unter 14 Jahren im Hauptberuf ermittelt, von denen 38267 in der Suppe Industrie und Gewerbe, 5296 im Handel, 1812 in wechselnder Lohnarbeit, 33501 als häusliche Diensthilfen und 135175 in der Landwirtschaft beschäftigt waren.

Von den 38267 Industrielkindern waren 1895 nur 4327 (11,3 pZt.) und 1896 5312 (13,9 pZt.) in Fabriken beschäftigt. 88,7 pZt. bzw. 86,1 pZt. entbehrten des gesetzlichen Schutzes (Beschränkung der Arbeitszeit auf sechs Stunden mit halbstündiger Pause für Nichtschulpflichtige von 13—14 Jahren und Verbot jeder Beschäftigung für Schulpflichtige und Kinder bis zu 13 Jahren), weil sie in kleineren und hausindustriellen Betrieben thätig waren. Aber wer wollte behaupten, daß ein gesetzlicher Schutz bloß für die industriell beschäftigten Kinder notwendig sei? Ist die Ausnutzung kindlicher Arbeitskräfte zu Erwerbszwecken im Handel, in wechselnder Lohnarbeit, im Gesindebienst und in der Landwirtschaft nicht ebenso verwerflich, gleichviel ob das in elterlichen oder in fremden Betrieben geschieht? Und können nicht alljährlich lebhaft Klagen wegen Ueberanstrengung der Schulkinder in landwirthschaftlichen Bezirken zur Erntezeit?

Die Zustände in den Rübengegenden haben die helle Entrüstung aller wahrhaften Menschenfreunde hervorgerufen, und nicht minder berechtigt sind auch die Klagen aus Lehrerkreisen, wonach überarbeitete Kinder zu jedem Lernen unfähig sind.

Nehmen wir aber die Gesamtzahl der erwerbsthätigen Kinder zum Vergleich, so genossen im Jahre 1895 nur 2,02 pZt. und 1896 nur 2,05 pZt. den Schutz der Gesetzgebung; 97,5—98 pZt. waren ungeschützt der freien Ausbeutung überliefert. Aber bei allen diesen handelt es sich bloß um die Zahl der haupterwerbsthätigen Kinder, bezüglich deren Wichtigkeit die amtliche Statistik selber starken Zweifel hegt, und die eher viel zu niedrig als zu hoch erscheint. Unermittelt ist aber bisher die Zahl der nebererwerbsthätigen Kinder geblieben, doch soll diese nach amtlichen Ausläufen noch bei Weitem größer sein. So paradox es klingt, bei Kindern unter 14 Jahren von Haupt- und Nebenerwerb zu sprechen, so haben es unsere herrlichen Gesellschaftszustände doch glücklich so weit gebracht. Dann würden also noch nicht einmal 1 pZt. sämtlicher erwerbsthätiger Kinder des gesetzlichen Schutzes theilhaftig sein!

So wird zahlenmäßig der Beweis der Worthlosigkeit des bischens Sozialreform und der Nothwendigkeit gründlicher Reformen erbracht. In erfreulicher Konsequenz stellte der vorjährige internationale Arbeiterschutzeskongress zu Zürich die Forderung des Verbotes jeder gewerblichen Kinderarbeit in Gewerbe,

Industrie, Handel, Gefindebetrieb und Landwirtschaft bis zum vollendeten 15. Lebensjahre unter entsprechender Erweiterung der Schulpflicht auf, und sie muß auch das Ziel jedes wirklichen Sozialpolitikers und Menschenfreundes sein.

Vor Kurzem hat nun die Deutsche Reichsregierung eine Enquete über den Umfang der gewerblichen Kinderbeschäftigung veranlaßt, angeblich zur Beschaffung der nötigen Unterlagen für spätere Reformen. In Wahrheit handelt es sich aber um eine kleine Konfession auf einen diesbezüglichen, von der mächtigen und für das Schicksal der Arbeiter entscheidenden Zentrumspartei, der wiederum nichts als eine Dekoration für deren sozialpolitische Thätigkeit darstellt. Seit Jahren schreien die Zustände der Kinderausbeutung zum Himmel; tatsächliches und statistisches Material ist in der einschlägigen Literatur, vor Allem in den Fabrikinspektionsberichten genug vorhanden.

Wozu also neue Erhebungen, die Jahre lang dauern, wenn nicht zur Verschleppung nach dem beliebten Rezept, daß Enqueten den Mangel an gutem Willen bemängeln sollen? Und die Reichsregierung hat bis heute noch nicht einmal ihre in der Gewerbenovelle ihr verliehenen Machtvollkommenheiten erschöpft, denn der Arbeiterschutz bezüglich der motorischen Werkstätten ist ebenso wenig verwirklicht wie seine Ausdehnung auf andere Werkstätten und Hausindustriebetriebe nach Maßgabe des § 154 Abs. 4; auch keine Bundesratsverordnung nach §§ 120c und d zur Durchführung der sanitären Maßnahmen in Betrieben, die Arbeiter unter 18 Jahre beschäftigen, ist bisher erlassen. Wo also bisher trotz der Möglichkeit, einzugreifen, nicht das Geringste gethan wurde, da muß der plötzliche Reformeifer, der auf das allerungeeignetste Mittel einer langwierigen Erhebung verfällt, um so stiller erscheinen und lebhafter Zweifel an dem Ernst des geplanten Vorgehens, das übrigens in völligem Kontrast zu Graf Pofadowsky's neuem Programm: „Ohne Sozialreform“ steht, erwecken.

Und wie sollen die Erhebungen ausgeführt werden? Gerade die Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft, im Garten, Obst- und Weinbau, sowie im Gefindebetrieb, soll davon ausgeschlossen bleiben, auch wenn es sich dabei um Erwerbstätigkeit in fremden Betrieben handelt. Natürlich geschieht dies aus Rücksicht auf die Agrarier, bei denen sonst die Erhebung tiefe Mißstimmung erweckt hätte. Wenn aber diese Ausnahmebestimmung der landwirtschaftlichen Kinderausbeutung damit gerechtfertigt wird, daß man derselben eine gewisse Berechtigung zuerkennt, so kann das bei Allen, die sich mit den schlimmen Zuständen auf dem Lande in dieser Hinsicht näher beschäftigt haben, nur ein ungläubiges Lächeln erregen. Da wird man wohl nächstens versuchen, die Anwerbung kindlicher Rübenzieher und ihre tagelange Beschäftigung in Regen und Sommergluth als gesundheits- und sittlichkeitsfördernd auszugeben und die Rübenfelder als die reinen Ferienkolonien zu bezeichnen.

Wenn es der Regierung hoher Ernst mit ihrem Reformeifer war, so mußte sie anders zugreifen, denn die kleinste tatsächliche Verbesserung ist mehr werth, als große Vorkehrungen für eine ungewisse Zukunft. Aber gerade da hapert es. Die staatliche „Sozialreform von Oben“ ist bankrott — das Regierungsschiff ist in Händen der scharfmachenden Unternehmerloterie Stumm und Gemüthsverwandte, und mit weit größerem Eifer, als jemals der Arbeiterschutz betrieben wurde, wird heute der Kurs der Unzufriedenheit und Volkserregung eingeschlagen. Da kann natürlich von anderen Reformen keine Rede mehr sein, denn je mehr die Unternehmertreife das Heft in Händen haben, desto eifriger verhindern und verschleppen sie jeden Arbeiterschutz, um dafür die Volksbelastungs- und Liebesgabenpolitik um so fruchtbringender zu pflegen. Erst wenn das arbeitende Volk diese Klotten aus seinem Pels geschüttelt hat, wird eine neue Ära ernst, wahrhafter Sozialpolitik anbrechen, die energisch mit den freundschaftlichen Mißständen aufräumt und die Ausbeutung gründlich zu Leibe rückt. Hoffen wir, daß die kommenden Reichstagswahlen ein Parlament schaffen, das sich unbegrenzt allen Entrechtungsplänen überhebt und die arbeiterschutzfeindliche Politik der Sozialreform-Pofadowsky gründlich ad absurdum führt. Das wird geschehen, wenn alle Arbeiter sich zu Mannen, für ihre heiligsten Güter, für ihre Rechte und ihre Gesundheit zu kämpfen und nur Vertreter der Arbeiterpartei in den Reichstag senden.

Die bevorstehenden Kämpfe zur Abschaffung des Roß- und Logiswesens beim Bäcker.

Es ist schon eine alte Forderung, das Roß- und Logiswesen beim Arbeitgeber zu beseitigen, und es ist in den letzten anderen Gewerben schon gelungen, dieses mittelalterliche Besorgerwesen durch ein moderneres zu ersetzen. Nur im Bäckergewerbe konnte sich dasselbe bisher noch erhalten, und die Arbeitgeber werden auch jetzt wieder Alles versuchen, um das System,

welches, in Gemeinschaft mit der Nachtarbeit, es ihnen ermöglicht, ihre Arbeiter ganz von der Außenwelt abzuschließen, sie, wie es bei ihnen heißt, „vor dem schädigenden Einfluß von außen her zu bewahren“, sich auch fernerhin zu erhalten. Das darf uns jedoch nicht hindern, einmal einen energischen Versuch zu dessen Beseitigung zu unternehmen, ist doch schon seit Jahrzehnten von den organisierten Kollegen anerkannt, daß dies System die Ursache aller jener sanitären Uebelstände in den Bäckereien, die Ursache der übermenschlich langen Arbeitszeit und des gleichgültigen Daseins vieler Kollegen ist.

In diesem Jahre steht uns eine Probe, die eine Änderung der ganzen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Gefolge haben wird, in Leipzig sowie in Hamburg, Altona und Umgebung bevor. Eine ganze Reihe anderer Städte wird durch diesen bevorstehenden Kampf in Mitleidenschaft gezogen werden, und ist es noch gar nicht abzusehen, ob nicht auch die Kollegen anderer Großstädte sich diesem Kampfe anschließen und die gestellten Forderungen auch als die ihrigen proklamieren werden. Es wird also eine aufgeregte Zeit für unsere gesammte Bäckerbewegung, denn Kämpfe von so weittragender Bedeutung, wie sie uns jetzt bevorstehen, haben wir in den letzten zwölf Jahren oder überhaupt noch nicht zu verzeichnen.

Vom Ausgang derselben wird es abhängen, ob endlich die Macht des reaktionären Innungsproletariats in Deutschland in unserem Berufe gebrochen wird, denn an das erfolgreiche Vorgehen in diesen Städten wird sich eine lange Reihe von Kämpfen in anderen Orten anschließen, wo man ebenfalls gewonnen ist, das veraltete System zu beseitigen, die Dauer der Kollegen in der Organisation aber ein energisches Vorgehen jetzt noch nicht gestattet.

In Leipzig fordern die Kollegen Abschaffung des Roß- und Logiswesens beim Arbeitgeber, sowie die Abschaffung der Nachtarbeit, Minimallohn für den jüngsten Gehülfen pro Woche M. 18, den zweiten M. 21 und für den ersten M. 24. Wo bisher schon höhere Löhne gezahlt wurden, dürfen dieselben nicht gekürzt werden. Um einen Kriegsfonds zur Durchführung dieser Forderung zu schaffen, ist am 1. Februar ein Streifonds errichtet worden, zu dem jeder Kollege 25 % pro Woche beizuliefern hat.

Die Stimmung unter den Kollegen ist sehr günstig, und zeigt auch das Einlaufen der Beiträge zum Streifonds, daß es den Kollegen ernst ist mit der Durchführung ihrer Forderungen.

Die Innung nahm natürlich sofort Stellung zu diesen Forderungen und beschloß zunächst, die Mitglieder des Streifonds zu maßregeln, hatte jedoch damit nicht den geringsten Erfolg. Nun verhandelte sie ein vertrauliches Rundschreiben an die Meister, dahingehend, die Gesellen, welche sich im Besitze einer Karte zum Streifonds befinden, zu maßregeln, damit, wenn der Streifonds lösung, kein Geselle die Arbeit niederlege. Ob ihr dieser Beschluß wohl was nützen wird? Die Kollegen, welche im Besitze einer Karte sind, werden sich wohl hüten, dieselbe ihrem Arbeitgeber zu zeigen.

Durch solche Machinationen werden die Kollegen nur angeporrt, immer eifriger ihre Pflicht in der Organisation zu thun und die Wahrung wird nur geführt, so daß sie schließlich zum Ausbruch kommt.

In Hamburg stellen die Kollegen folgende, von den Vorständen der beiden Mitgliedschaften ausgearbeitete Forderungen:

1. Beschäftigung und Wohnung wird den Gesellen nicht mehr vom Meister resp. Arbeitgeber gestellt.
2. Als Entschädigung hierfür ist jedem Gesellen ein wöchentliches Lohnzuschlag von M. 12 zu verabfolgen.
3. Für Gesellen, deren Lohn dann nicht mindestens M. 21 beträgt, ist derselbe auf M. 21 zu erhöhen.
4. Beginn und Ende der Arbeitszeit bleibt unter Einhaltung der zwölfstündigen Arbeitszeit, inklusive einer Stunde Essenspause, in bisheriger Weise bestehen. Nach der Bundesratsverordnung erlaubte Ueberstunden sind mit 50 % zu vergüten.
5. An den drei Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird vom ersten bis zweiten Feiertag in keinem Betriebe gearbeitet.
6. Die Arbeitsvermittlung wird von einem auf je zwei Jahre in öffentlicher Gesellensammlung gewählten Sprechboten verwaltet. Derselbe steht unter Kontrolle einer aus drei Meistern und drei Gesellen bestehenden Kommission. Wiederwahl ist zulässig.

- a) Das Arbeitsnachweis-Bureau darf sich weder in einer Herberge noch in einem Wirtschaftsklokal befinden, sondern in einem Privatklokal, möglichst im Mittelpunkt der Stadt.
- b) Ein Regulativ für den Arbeitsnachweis wird unter Wahrung gleicher Rechte für beide Theile in gemeinsamer Konferenz einer Kommission der Meister und den Vorständen der beiden Mitgliedschaften Hamburgs vom Verbands der Bäcker ausgearbeitet. Dasselbe bedarf vor seinem Inkrafttreten der Befestigung durch hierzu einzuberufende Mitgliederversammlungen.

Hier haben sich auch in letzter Zeit die in Bäckereien beschäftigten Konditoren der Bewegung angeschlossen und reichen gemeinsam mit den organisierten Kollegen ihre Forderungen ein. Daß es hier den Kollegen ernst ist mit der Erämpfung ihrer Forderungen, lehnen die Anträge der Kollegen, welche sich nicht mit 25 % Extrakt pro Woche zufrieden geben wollten, sondern einen Beitrag von pro Woche 50 % oder M. 1 forderten. Um diese Extrakt pro Woche einzutreiben, ist für jede Bäckerei ein Vertrauensmann ernannt, der von seinen Nebengesellen dieselbe jede Woche einzukassieren hat.

Vermerkenswerth ist, daß durch den regen Zuwachs in der Organisation, wodurch die Hälfte der am Orte arbeitenden Kollegen jetzt ständig beitragszahlende Mitglieder des Verbandes sind, es sich bisher noch unnötig gemacht hat, in öffentlichen Versammlungen Propaganda für die Durchführung der Forderungen und den Beitritt zur Organisation zu machen. Es muß auch endlich einmal damit gebrochen werden, tief einschneidende Fragen in öffentlichen Versammlungen zu berathen; diejenigen Kollegen, denen es ernst ist um ihre Befreiung aus menschenunwürdigen Zuständen, werden selbst aktive Kämpfer in der Organisation werden müssen, nur dann ist auf einen Sieg zu rechnen.

Opfermuth und ein fester Wille gehören dazu, den Innungen einzuige Forderungen zur Verbesserung unserer Lage abzutropfen, aber die organisierten Kollegen Hamburgs werden zeigen, daß sie Beides in sich vereinigen, und so dürfte denn bei Anspannung aller Kräfte bis auf's Aeußerste der Erfolg nicht ausbleiben. Auch die Kollegen der umliegenden Städte Altona, Wandsbek, Bergedorf, Wilhelmsburg und Hamburg haben sich der Bewegung angeschlossen, in letzteren beiden Orten nur in der Sammlung zum Streifonds, während sie in ersteren Städten selbst sich diesen Forderungen anschließen werden und dieselben zu den ihrigen machen.

Es steht uns also ein erster Kampf in diesen Orten bevor, und die Kollegen der übrigen Städte Deutschlands haben die Pflicht, sich energisch zu rufen, um gegebenenfalls moralisch sowie finanziell ihre in den Kämpfen tretenden Kollegen thätig zu unterstützen zu können.

Geschieht das überall mit gleichem Opfereifer, so wird ein vollständiger Sieg nicht ausbleiben, und wir kommen ein gut Stück vorwärts auf der Bahn, auch für die Bäckereiarbeiter menschenwürdige Arbeits- und Lohnbedingungen zu schaffen.

Hinweg mit der Dauer, der Rumpfen Gleichgültigkeit; nur durch energisches Handeln und Vorwärtstreben werden wir dahin kommen, als Menschen unter Menschen unser Dasein frischen zu können.

Gewerkschaftliches.

* **Zur Reichstagswahl.** Wie die Innungsorgane berichten, haben die Konservativen im ersten Berliner Wahlkreis Obermeister Bernhard, unseren bekannten Innungskämpfer gegen den Maximalarbeitstag und die unzufriedenen Gesellen, als Reichstagskandidaten aufgestellt. — Wenn der Herr gewählt wird, so ist jedem Handwerker Gebot, daß er vor dem drohenden Untergange bewahrt bleibt, und ein Grinsen überläßt uns schon, wenn wir daran denken, welche Ausnahmegesetze dann durch den Einfluß jenes Herrn gegen seine Todfeinde, die organisierten Bäckereiarbeiter, erlassen werden. Die wird er wohl nach Kamerun oder Kiautschou deportieren lassen, wenn — er gewählt wird.

* **Provokation durch Herrn Bernhard.** Der Bionik des Handwerks, wie dieser neugeborene Reichstagskandidat selbst in seinem Leitblatt titulirt, scheint jetzt ganz aus dem Häuschen zu kommen, denn er leistet sich jetzt etwas, was alle bisher Dagewesene in den Schatten stellt, indem er in einem Aufsatz die Innungen ermahnt, die Bülge der Arbeitsvermittlung jenes Unterdrückungs- und Vorkämpfersystems in den Händen der Innung, fester zusammen zu ziehen, und sucht dies Vorgehen mit einer frechen Beleidigung aller organisierten Kollegen der größeren Städte zu begründen, indem er schreibt:

„Es ist Thatsache, daß fast in jeder größeren Stadt eine Anzahl Bäckereiarbeiter sich befinden, die vermöge ihrer individuellen Eigenschaften (Trunksucht, Arbeitsfurch, Unbildung, etc.) nicht leicht eine Beschäftigung finden; dieselben bilden aber zumeist den Stamm der ewig Unzufriedenen; sie sind es, die bei jedem Anlasse die Knechtschaft und Ausbeutung der Bäckereiarbeiter in den grellsten Farben schildern. Wird nun die Arbeitsvermittlung in die Hände der Gehilfenschaft gelegt, so werden naturgemäß die sogenannten erbgelassenen Gehilfen für sich das Vorrecht in Anspruch nehmen, zuerst in Arbeit gestellt zu werden, und jeder Zugereifte wird mit dem Bedauern abgefertigt werden können, daß ohnehin im Orte arbeitssuchende Gehilfen genug vorhanden seien. Dadurch würden die Meister dann gezwungen sein, mit den bekannten Individuen förmlich umhelfen zu müssen.“

Es ist in der That der Gipfel der Unverschämtheit, den dieser Brod hier vom Stapel läßt, und werth, festgenagelt zu werden. Was würde der Herr dazu sagen, wenn wir die gleichen Eigenschaften: Trunksucht, Arbeitsfurch und Unbildung, dem Stamme der Innungen anheften wollten, wozu wir nach den vielen Saufgelagen auf Innungstagen, den Maßregelungen ihrer Arbeiter, die von dem Rechte der Koalition Gebrauch machen, und den neuerdings in der Stuttgarter, Frankfurter, Mainzer und den beiden Berliner Innungen sich gegenständig an den Kopf geworfenen Liebenswürdigkeiten und Verdächtigungen doch alle Ursache hätten?

Würde die große Masse der Kollegen Berlins nicht juchzend lausend: so würde sie dem Herrn durch Massenbeiträge in die Organisation wohl die richtige Antwort für seine Provokationen ertheilen. Aber durch die Organisationslosigkeit der dortigen Kollegen sählt sich der Herr in seiner Macht und nimmt sich das Recht heraus, die größtlichen Beleidigungen gegen die Ernährer der Innungsproben zu schleudern!

* **Jedes Mittel ist den Innungshelden heilig** wenn es gilt, dem Maximalarbeitstag ein Bein zu stellen. Nachdem man nun nicht mehr mit den Ogenerklärungen der Bäckereiarbeiter gegen das Gesetz haften gehen kann — denn nachgerade haben auch die Kollegen jener Vereine und Vereinen ersehen gelernt, daß sie sich in's eigene Fleisch schneiden, wenn sie sich von den Meistern zu solchen Handlangendiensten gebrauchen lassen —, erdreistet sich jetzt die „Berliner Bäderzeitung“, Organ der dortigen Innung, offenen Meistern und Gesellen das Befügen der Beamten und Gerichte zu empfehlen, indem sie schreibt:

„Aus eigener Wahrnehmung können diese Beamten nicht wissen, und von den Meistern und Gesellen werden sie bei ihren Fragen nicht der Wahrheit entsprechend unterrichtet.“

Kann man es einem Meister verdenken, wenn er sich nicht durch Selbstbeziehung eine Strafe zuzieht? Kann man einem Gesellen, der auch einmal Meister zu werden denkt, verdenken, wenn er seine Aussagen so einrichtet, daß er sein Verbleiben nicht unmöglich macht und sich seine Zukunft verbirgt? Was Sozialdemokraten aber auszusagen, hat keinen Werth, wenn diese nicht als Bäder, sondern als geblendete Parteimänner berichten. Bekanntlich hatte die Innung Freiberg in Sachen des Beschloßes, nur der Wahrheit gemäß zu berichten. Man gab an, daß in fast allen Bäckereien die tägliche Arbeitszeit acht bis neun Stunden dauerte, dagegen Sonnabends, am Tage des Wochenmarktes, müsse, um den Bedarf decken zu können, 14 bis 15 Stunden gearbeitet werden. Mehr Arbeitskräfte wegen dieser einen Wochentages dauernd einzustellen, trage das Gewerbe nicht, und Ausschüßkräfte für diese Wochentage seien nicht vorhanden. Die Folge dieser wahrheitsgemäßen Angabe war für jedes Innungsmitglied ein Strafmandat.“

* **Die „lieben Kollegen“ von der Innung im Konkurrenzkampfe.** In einem westfälischen Blatte lesen wir folgende Annonce:

Empfehle jeden Tag frisch: Gewöhnliches Brot mit 50 % aus reinem Roggenmehl hergestellt. Infolge dreijähriger aktiver Dienstzeit bei der Militärbäckereibehörde bin ich in der Lage, das Brot genau so herzustellen, wie den K. Proviantämtern seitens eines h. K. Br. Kriegsministeriums vorgeschrieben ist. Rein Kommissariat wiegt unmittelbar nach der Erbackung 3 kg und kostet 65 %. Hochachtungsvoll

Emil Bräcker, Werderstraße 45. Zu haben auch in den bekannten durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen. Man achte auf den Stempel E. Bräcker, da Nachahmungen existieren. D. L.

In der nächsten Nummer derselben Zeitung:

Das von mir neu eingeführte bessere Rommisch-brot bedarf keineswegs einer dreijährigen Abholung in Militärbäckereien, wovon die riesige Nachfrage desselben Zeugnis gibt. Nachahmungen können stattfinden, da selbiges nicht patentiert ist, reines Roggenbrot unübertroffen an Geschmack, so daß es jedem Kranken empfohlen werden kann. Zu haben in meiner Bäckerei.

Julius Othlinghaus, Kluserstraße 25.

So geht es! Hat der Eine einen neuen Artikel eingeführt, der Absatz findet, so kommt auch gleich ein anderer, „lieber Kollege“, der noch etwas Besseres erfundet, was auch noch billiger ist. Und die Gesellen bezahlen die Blüten des Konkurrenzkampfes; denen werden die Löhne herabgedrückt und die Arbeitszeit in's Unmensliche hinausgeschraubt, damit die Herren in der Lage sind, Einer den Anderen unterbieten zu können!

Aus Lübeck. Wegen der Gewährung eines freien Tages, oder vielmehr einer freien Nacht zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten, haben sich die Arbeitgeber immer gestraubt mit der Ausrede, daß das die verwöhnte Kundenschaft nicht gestatten würde. Nun blieb aber immer an diesen Festtagen den Meistern so viel Waare übrig, welche sie dann unter Preis verkaufen mußten, so daß sie wohl oder übel zur Einsicht kommen mußten, daß sie an diesen Tagen nicht auf ihre Geschäftskosten kommen konnten und stets mit Schaden arbeiteten. Das hat auch die hiesige Junng eingesehen und jetzt den vernünftigen Beschluß gefaßt, vom ersten bis zweiten Feiertag nicht backen zu wollen und giebt dies in Annoncen dem hiesigen Publikum bekannt, zugleich dasselbe auffordernd, wenn sich doch ein Abtrünniger findet, der das Festtagsbacken nicht einstellt, keine Waare dort zu kaufen, also denselben zu boykottieren.

Wir können nur hervorheben, daß soweit dieser Weg sehr vernünftig ist und es zum Nutzen für beide Theile, Meister wie Gesellen, ist, wenn in der Bäckerei anstatt 365 Nächte im Jahre nur 362 gearbeitet wird. Auf demselben Wege ließe sich auch schließlich die Sonntagsarbeit und auch die Nachtarbeit beseitigen. Nun kommt aber die Gesellschaft der Dackmäuler, die Bäckereibrüderschaft, welche kein anderes Ziel kennt, als sich im Staube vor den „lieben Meistern“ in Ehrfurcht und Unterthänigkeit zu winden, herbei und stattdessen in öffentlichen Blättern der Junng für diesen „humanen“ Schritt ihren Dank ab, indem sie sich zugleich erdreißet, im Namen der Lübecker Bäckergesellen zu schreiben. Wir glauben, daß die Mehrzahl der Lübecker Kollegen mit diesem Danke gemein haben will, denn es ist dies in der That ein Zeugnis für die Kriegerische und Unterwürfigkeit der Brüderschaft, wie es ihr kein Mensch besser ausstellen kann. Diese Herren, zu feige, sich selbst eine Verbesserung ihrer Lebenslage zu erkämpfen oder auch nur an solche Bestrebungen zu denken, können es natürlich mit ihrer Hundennatur auch vereinbaren, den Arbeitgebern für etwas, was sie mehr im eigenen geschäftlichen Interesse gethan haben, als im Interesse ihrer Arbeiter, und was jeder vernünftige Mensch für selbstverständlich halten sollte, öffentlichen Dank abzustatten. Besser als hierdurch konnten sie sich nicht blamiren!

Sperre über eine Brotsfabrik. Am 7. April wurde dem Vorsitzenden der Mitgliedschaft Lübeck gemeldet, daß in der Brotsfabrik F. Evers saures, stinkiges Wasser zum Backen verwendet werde und eine große Anzahl Brotkörbe von Schimmel und Schmutz ganz zertrüben und verfault seien. Auf die Anzeige bei der Polizei wurde eine sofortige Revision vorgenommen, eine Anzahl der Körbe beschlagnahmt; das Wasser ließ der Beamte weglassen und wurde die Wasserpumpe, welche sich nur einige Schritte von dem Fauchenloche befand, von der Behörde beanstandet.

Anderen Tages wurden drei organisierte Kollegen, die man im Verdachte hatte, diese Schweinereien zur Anzeige gebracht zu haben, sofort entlassen, worauf sich ein noch dort beschäftigter Kollege mit den Gemäßigten solidarisch erklärte und deren Wiedereinstellung verlangte, und als dies abgelehnt wurde, gleichfalls die Arbeit niederlegte. Die Mitgliedschaft verhängte sofort die Sperre über die Fabrik und wird sich das Parteil nicht mit der Sache beschäftigen. Die Konsumenten dieser Fabrik, in deren Interesse es liegt, daß solche ekelhafte Schweinereien bei der Brotbereitung beseitigt werden, werden jetzt dafür zu sorgen haben, daß die gemäßigten Leute auch wieder eingestellt und die Schmutzereien abgestellt werden, was nicht so schwer halten dürfte, da die Kundenschaft in Lübeck und Hamburg, besonders sich hauptsächlich aus Arbeiterkreisen rekrutirt.

Von den vier im Auslande befindlichen Kollegen sind drei verheiratet und werden dieselben von der Mitgliedschaft unterhalten. In ihrem eigenen Interesse werden alle Kollegen dringend ersucht, in diesem Institute keine Arbeit anzunehmen, ehe nicht die Differenzen geregelt sind. Gefordert wird: Wiedereinstellung aller Leute. Entlassung des Verwalters Hennings und Badmeisters Meinde. Für jeden Arbeiter pro Woche M. 22 Minimallohn. Schichtwechsel von 6 bis 6 Uhr und Abstellung der sanitären Uebelstände.

Aus Bergedorf. Gegenagitation gegen den Verband treiben, waren einige Koryphäen der Hamburger Junng anwesend und klopften sämtliche hiesige Bäckereien ab, um den Kollegen vorzugaukeln, daß es für sie wenig Zweck habe, dem Verbande anzugehören. Um aber auch das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden, entrieten diese Herren dann den verbotenen Spielchen und nahmen dabei einigen hiesigen Kollegen ihre ganze Vaarschaft ab. Die Kollegen der Vorstädte Hamburgs möchten doch einmal jenen lauberen Elementen einen gehörigen Denzettel mitgeben, wenn sie wiederkommen, um ihre Waaren zu füllen und den Kollegen ihr sauer verdientes Geld abzulassen!

Aus Jachow. Einen billigen Gesellen wußte sich ein junger Junngmeister zu verschaffen, indem er sich in Ostpreußen einen eben aus der Lehre entlassenen Kollegen auf ein Jahr für den Preis von 52 Thalern in die Kasse holte. Dadurch glaubt der Herr das edle Bäckereiwerk zu heben, wie ja die Junngshelden immer vorgeben. Nun hatte aber dieser Kollege bisher täglich einen Weg Brot zubringen, sein Meister verlangte jedoch jetzt von ihm, daß er täglich 5-6 solcher Wege machen sollte, was der Kollege aber weigerte. Darauf drohte der menschenfreundliche Meister, pro Woche eine Mark vom Lohn abzuziehen! Und das ist nicht in Rußland!

Aus Zwickau. In dem Bericht der hiesigen Junng steht, daß die Lehrlingszählerei, wie sie in Sachsen betrieben wird, in ihrer ganzen, schönen Blüthe. Darnach zählte im Jahre 1897 die Zwickauer Bäckerei 114 Mitglieder, welche 95 Stellen und 95 Lehrlinge beschäftigten. Neu hinzu kamen im Jahre 42 und ausgetreten hatten 34. Also in drei Jahren hat die Zwickauer Junng genau so viel neue Gesellen fabrizirt, wie überhaupt beschäftigen kann, das heißt also, länger als drei

Jahre im Durchschnitt kann kein Geselle in seinem Berufe thätig sein, dann muß er denselben verlassen oder selbst eine Bäckerei übernehmen, und dann wundern sich die Kleintrauer über die Schleuderkonkurrenz!

Aus Leipzig. Eine besondere Vorliebe für Streikbrecher zeigte die Verwaltung der Leipziger Genossenschaftsbäckerei, welche jetzt infolge Einführung des achtstündigen Arbeitstages mehr Arbeiter einstellen mußte und drei Streikbrecher vom vergangenen Herbst annahm. Ob sich die Mitglieder der Genossenschaft und die Konsumenten noch länger ein solches Spiel gefallen lassen?

Aus Lüdenscheid i. W. Ideale Zustände herrschen in einer hiesigen Bäckerei. Dort wird den Gehilfen ein kleiner Elmer zum Waschen angewiesen, der nebenbei auch im Backbetriebe benutzt wird, außerdem diente aber das viel gebrauchte Inventarstück auch zum Bierbeträufen und wurde neulich auf Anordnung des Meisters aus Anlaß der Wartenbestellung auch dazu benutzt, die Fauche aus der Abortgrube nach dem Garten zu schaffen, um dann, nothdürftig ausgespült, wieder zum Brotstreichen benutzt zu werden. Pflicht der Kollegen ist es, diese famosen Schweinereien unter voller Namensnennung des ordnungsliebenden Meisters den Konsumenten bekannt zu geben, damit dieselben sich schützen können vor solchen ekelhaften Zuständen!

Berjammlungen.

(Die Schriftführer werden ersucht, schmales Papier zu gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

Altona. Oeffentliche Berjammlung am 30. März. Kollege Allmann rügte die Laune der Altonaer Kollegen und führte ihnen den Nutzen einer strammen Organisation vor Augen. Im Weiteren schilderte er die Junngskrankenkassen. Die durch die Hungerpeitsche in diese Krankenkassen getriebenen Bäckereiarbeiter begeben sich dadurch direkt unter die Vormundschaft der Meister. Er schilderte dann die Angst unter den Altonaer Meistern, die eine ähnliche wie die Hamburger Senatsverordnung befürchteten. Der Meister größte Stütze ist die, daß sie wissen, die Kollegen sind nicht organisiert; deshalb können sie mit dem Einzelnen machen, was sie wollen. Redner kommt noch auf die famose Backstufenordnung der Meister zu sprechen, nach der kein Kollege ohne Erlaubniß des Meisters Besuch in der Werkstatt und in den „Schlafräumen“ empfangen darf. Es sei dringend notwendig, daß endlich einmal das Kost- und Logiswesen beim Meister abgeschafft wird. Nachdem der Referent die Forderungen der Hamburger Kollegen erläutert hatte, forderte er die Altonaer Kollegen auf, energisch für den Verband zu agitiren und sich der Hamburger Bewegung anzuschließen. Kollege Hegemann erklärt, er könne nicht begreifen, daß die Altonaer Kollegen noch in der Organisation so weit zurück sind, da doch Hamburg und Altona dieselben miserablen Arbeitsverhältnisse haben. Nachdem noch Müller, Viktor, Züld und Banghann im Sinne des Referenten gesprochen, wurden noch einige kritische Verbandsangelegenheiten besprochen und geregelt.

Bergedorf. In einer öffentlichen Berjammlung am 3. April, die leider nur mäßig besucht war, sprach Allmann über die Bewegung zur Abschaffung des Kost- und Logiswesens. Sodann fand eine rege Diskussion statt über die weiteren Schritte, welche vorzunehmen seien. Die Kollegen Schön und Peters, sowie der Referent und ein Delegirter des Gewerkschaftskartells beteiligten sich daran, und war man allgemein der Ansicht, daß zunächst eine energische Agitation unter den uns fern stehenden Kollegen zu entfalten sei, zu welchem Zwecke am Sonntag, den 17. April, eine neue

Gera. Einrichtungs-Bureau darf sich weder in Gera am 3. April noch in einem Wirtschaftskolossal befinden, sondern referirte über „Privatlokal, möglichst im Mittelpunkt der Stadt, das nächsten Forderungsalter für den Arbeitsnachweis wird unter Wagnommen. Der per Rechte für beide Theile in gemeinsamer An die Anwesender Kommission der Meister und den Vorsitzenden Leipziger Kol Mitgliedschaften Hamburgs vom Verbands bezügliche Resolutionsarbeit. Dasselbe bedarf vor seinem Zutritt Diskussion erklär Bestätigung durch hierzu einzuberufende Mitglieder sehr wenig mitgehen.

auch fernerhin (stören noch folgende Abweichungen: Nachtrag Stahn einstimmig. Aufschlag bezahlt. Einzelne Tage Arbeit für wähl. Zum lezten Tag zu vergüten. wurde Keischer weil wurden die Forderungen an die Bäckereinnung gewählt.

Hamburg. Gemeinschafstliche Magazinerberjammlung der beiden Mitgliedschaften Hamburgs bei Tütze, Valentinskamp, am 31. März, Nachmittags 5½ Uhr. Die Diskussion über die Frage, „ob wir überhaupt gewillt sind, die schon vorberathenen Forderungen im Laufe dieses Jahres den Arbeitgebern zu überreichen?“ eröffnete Furwengler. Er kam zu dem Schlusse, das System des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber würde und müsse fallen. (Beifall.) Allmann theilte mit, daß er beim Sichten des Materials zu unserer Statistik auf etwas Großes sei, was man in Hamburg gänzlich vermisst. Nämlich in Frankfurt a. M. arbeiten verschiedene Kollegen fünf Jahre auf einer Stelle, ein Kollege 19 Jahre, zwei Kollegen 15 Jahre und verschiedene noch länger. Das Eigenbäumliche dabei sei, daß sie sämtlich außer Kost und Logis sind. Da, wo die Kollegen noch Kost und Logis beim Arbeitgeber haben, wechselt man mit 1 bis 2 Jahr usw. Er zeigte hieran, daß das Arbeitsverhältniß im ersten Falle immer ein stabiles sei. Die Kollegen brauchen ihren Beruf nicht zu verlassen, nachdem sie sich erst drei Jahre in der Lehre abgekundeten haben, sie brauchen nicht mit der Flasche auf dem Rücken sich vor dieser oder jener Fabrik hinzustellen und um Arbeit zu betteln und anderen Arbeitern die Arbeitsgelegenheit wegzunehmen, sondern können sich auch in ihrem Berufe ein menschenwürdiges Dasein gründen, und für die älteren Kollegen wird sich alsdann auch die Gelegenheit bieten, einen eigenen Herd zu gründen. Fälle, wie es hier in Hamburg erst kürzlich vorgekommen, daß ein Kollege, als er sich verheiratet hatte, gleich entlassen wurde, werden sich so leicht nicht ereignen, denn die Arbeitgeber hätten alsdann ein Interesse daran, Leute, mit denen sie zufrieden seien, längere Zeit an sich zu fesseln. Das Märchen der Arbeitgeber, die Gesellen würden nicht präzis zur Arbeit kommen, wenn sie außer dem Hause schliefen, zieht doch nicht mehr recht. Die Bediensteten an der Bahn müßten ja auch präzis auf dem Posten sein, und das nicht etwa immer zu einer bestimmten Zeit, oft mitten in der Nacht, denn sonst wären sie ihre Stelle los. Redner ermahnte die Kollegen, rege zu agitiren und für pünktlich zahlende Mitglieder zu sorgen; es wäre Zeit, daß man sich der Organisation anschließe, denn die Kollegen, welche denken, wir wollen erst einmal warten, bis die Organisirten in den Kampf eintreten und uns nachher anschließen, irren sich,

wenn sie auf Unterstützung rechnen. Dieser meinte, man müßte noch mehr diskutieren, in welcher Weise die Forderungen durchgeführt werden. Die Junng mit ihren 28000 Mitgliedern sei lange und gut organisiert und habe sich einen Kampffonds gegründet, während bei uns von einer Organisation erst seit 1884 die Rede sein könne. Der aufzunehmende Kampf sei tief einschneidend für das bisherige Verhältniß. Züld war der Meinung, die Forderungen seien genügend diskutiert. Zwei Jahre seien lange genug. Allmann stellte den Antrag, weil die Zeit schon vorgeschritten sei und eine große Anzahl Mitglieder wegen der frühen Anfangszeit schon das Lokal verlassen mußte, eine Kommission zu wählen, welche eine geheime Abstimmung vornimmt, und dann in der Diskussion fortzufahren. Der Antrag wurde angenommen. Dieser wandte sich gegen Züld und Thiel und meinte, er hätte ein Recht, zu warnen, denn ihm wäre es vorgekommen, als wenn die Kollegen noch nicht recht über die Forderungen aufgeklärt seien. Hegemann war dafür, daß die Forderungen eingereicht werden. Steffen war für Gründung eines Streikfonds und wünschte, daß 25 % wöchentlich zum Streikfonds gesteuert werden; Allmann ebenfalls, bedauerte aber, daß die Verhältnisse ein Mehr nicht gestatten. Thiel erstattete den Bericht der Kommission. Es sind 267 Stimmzettel abgegeben, 258 mit Ja, 7 mit Nein und 2 weiße. Nachdem noch Dieser und Furwengler für den Antrag auf Zahlung von 25 % eingetreten, wurde derselbe einstimmig angenommen. Dann wurde beschlossen, die gemeinschaftliche Berjammlung am 14. April in demselben Lokale fortzusetzen, und darauf aufmerksam gemacht, daß ohne Mitgliedsbuch Niemand in der Berjammlung erscheinen darf. Es haben sich 51 Mitglieder in den Verband aufnehmen lassen. Der Vorsitzende ersucht, dafür zu agitiren, daß in der nächsten Berjammlung die doppelte Mitgliederzahl erscheine.

Wilhelmsburg. Am Montag, den 4. April, beschäftigten sich die hiesigen Kollegen in öffentlicher Berjammlung mit der Hamburger Bewegung. Nach längerer, sachlicher Diskussion wurde beschlossen, vorläufig für Wilhelmsburg noch keine Forderungen zu stellen, eine abwartende Stellung einzunehmen. Jedoch wurde ein Streikfonds errichtet, zu dem die Kollegen pro Woche 25 % zu steuern haben, um auf alle Fälle gerüstet zu sein. Es wurden drei Kollegen gewählt, welchen die Eintreibung des Extrabeitrags obliegt.

Eingekandt.

25. 2, im April 1898.

Der Aufruf der Elberfelder Bahnhalle, einen Bezirkstag abzuhalten, hat hier sympathisch berührt, und wurde in unserer Berjammlung am 3. April beschlossen, ein Gleiches für Schleswig-Holstein, Lübeck und beide Mecklenburg in Vorschlag zu bringen. Die Gründe zu diesem Vorschlage sind, daß wir hier im Norden eine energische Agitation entfalten müssen, um die Kollegen in den Orten, wo bisher noch keine Mitgliedschaften bestehen, zur Organisation heranzuziehen, welche Agitation unmöglich allein von der Hauptverwaltung ausgeführt werden kann. Diese Agitation muß aber gerade in diesem Jahre energisch betrieben werden, gilt es doch, zunächst den Kollegen in Hamburg-Altona- und Umgegend, sowie in Leipzig zum Siege ihrer Forderungen zu verhelfen, woran wir Alle das größte Interesse haben; denn sind die Kämpfe in diesen beiden Hochburgen des Verbandes für uns erfolgreich, so werden auch bald die Kollegen anderer Städte sich aufrufen, ein Gleiches zu erringen. Wir glauben nun, daß zu diesem Zwecke eine Besprechung der Vorstände resp. Vertrauensleute der einzelnen Mitgliedschaften unbedingt nöthig ist, und ersuchen, in den Berjammlungen der Mitgliedschaften dieser Landestheile zu unserem Aufruf Stellung nehmen zu wollen und das Resultat der Berathung an E. Breitshaupt, Lübeck, Fischstraße 21, einzulenden.

Mit solidarischen Gruß

Der Vorstand der Mitgliedschaft Lübeck.

An die Bäcker Deutschlands,

im Besonderen an diejenigen in Dresden und Berlin.

Kollegen! In Nr. 5 unserer Zeitung stand ein Aufruf, worin sämtliche Bäcker Deutschlands aufgefordert wurden, im Laufe dieses Sommers Kost und Logis beim Meister abzuschaffen und sofort in die Bewegung einzutreten. Wir hatten nun erwartet, daß wenigstens in den Städten, die auf dem Kongress in Gera vertreten waren, wo doch der Beschluß gefaßt wurde, die Delegirten sich verpflichtet fühlten, für ihre gefaßten Beschlüsse einzutreten. In Leipzig sind wir schon längst in der Bewegung und steuern pro Woche 25 %. Aber in den beiden oben genannten Städten, wo doch unabhängige Leute im Auftrage der Bäcker Deutschlands thätig sind, kann man nichts hören. Wir haben ein Recht, von Euch zu verlangen, daß solche Fragen nicht bei Seite geschoben werden. Von öffentlichen Berjammlungen hört man aus Berlin und Dresden gar nichts mehr, dort glaubt man wohl, die große Masse aufzuklären, wenn die paar Verbandsmitglieder unter sich zusammenkommen. Wir glauben, auf unseren Kongressen nicht nur die geistige Elite der Bäcker versammelt zu sehen, sondern glaubten auch, daß es ihnen mit ihren Beschlüssen ernst sei. Wir sind es müde, und mit uns der größte Theil der Kollegen, Gelder für Kongresse aufzubringen, wo man uns schon Reden hält und Beschlüsse faßt, die man zu Hause nicht ausführt. Solche Fragen, wie Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, die seit Jahren diskutiert werden und von jedem denkenden Bäcker als das größte Uebel anerkannt und im Auslande schon zum Theil beseitigt sind, sollte man doch nicht mehr so leichtsinnig bei Seite lassen.

In Berlin, wo man sich eine eigene Zeitung leistet, durch welche man doch angeblich so viel erreichen wollte, wo Reichstagsabgeordnete in großen Bäckerberjammlungen sprechen, wo alte, erfahrene Führer vorhanden sind, sollte es doch wirklich nicht schwer halten, unsere Forderungen durchzuführen.

So, nun habe ich es Euch einmal öffentlich gesagt; ich bin von den Leipziger Kollegen dazu beauftragt, bin also selbst unschuldig daran, und nun nicht geschont. Uebelnehmen giebt's nicht. Kollegen, in allen Städten müßt ihr unbedingt die Forderungen in öffentlichen Berjammlungen besprechen. Es ist doch endlich an der Zeit, solche alte Röhre abzuschaffen. Euch, die Führer, trifft die Schuld, wenn Ihr es zulast, daß wir Bäcker noch 100 Jahre hinter den anderen Arbeitern herhinken, denn durch Abschaffung von Kost und Logis beim Arbeitgeber wird der Bäcker erst zum selbstständigen Menschen erzogen; bevor wir dieses nicht erreicht haben, bleiben wir eben die zurückgesetzten Arbeiter. Nun frisch an's Werk, Kollegen; w. Ihr selbst keinen Rath wißt, wendet Euch an den Vorstand nach Hamburg, der giebt Euch Bescheid und schickt auch Referenten. Es kommt nicht darauf an, ob es Verbandsmitglieder sind, die da hinschreiben, in solchen Fragen ist kein Unterschied zu machen,

Industrie, Handel, Gefinbedienst und Landwirtschaft bis zum vollendeten 15. Lebensjahre unter entsprechender Erweiterung der Schulpflicht auf, und sie muß auch das Ziel jedes wirklichen Sozialpolitikers und Menschenfreundes sein.

Vor Kurzem hat nun die deutsche Reichsregierung eine Enquete über den Umfang der gewerblichen Kinderbeschäftigung veranlaßt, angeblich zur Beschaffung der nötigen Unterlage für spätere Reformen. In Wahrheit handelt es sich aber nur um eine kleine Konfession auf einen diesbezüglichen Vorfall der mächtigen und für das Schicksal der Arbeiter entscheidenden Zentrumspartei, der wiederum nichts als eine Dekoration für deren sozialpolitische Thätigkeit darstellt. Seit Jahren schreiben die Zustände der Kinderausbeutung zum Himmel; tatsächliches und statistisches Material ist in der einschlägigen Literatur, vor Allem in den Fabrikinspektionsberichten genug vorhanden.

Wozu also neue Erhebungen, die Jahre lang dauern, wenn nicht zur Verschleppung nach dem beliebigen Rezept, daß Enqueten den Mangel an gutem Willen bemängeln sollen? Und die Reichsregierung hat bis heute noch nicht einmal ihre in der Gewerbenovelle ihr verliehenen Machtvollkommenheiten erschöpft, denn der Arbeiterschutz bezüglich der motorischen Werkstätten ist ebenso wenig verwirklicht wie seine Ausdehnung auf andere Werkstätten und Hausindustriebetriebe nach Maßgabe des § 154 Abs. 4; auch keine Bundesgesetzgebung nach §§ 120 c und d zur Durchführung der sanitären Maßnahmen in Betrieben, die Arbeiter unter 18 Jahre beschäftigen, ist bisher erschienen. Wo also bisher trotz der Möglichkeit, einzuschreiten, nicht das Geringste gethan wurde, da muß der plötzliche Reformeifer, der auf das allerungeeignetste Mittel einer langwierigen Erhebung verfällt, um so feistamer erscheinen und lebhafter Zweifel an dem Ernst des geplanten Vorgehens, das übrigens in völligem Kontakt zu Graf Posadowsky's neuem Programm: „Ohne Sozialreform“ steht, erwecken.

Und wie sollen die Erhebungen ausgeführt werden? Gerade die Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft, im Garten, Obst- und Weinbau, sowie im Gefinbedienst, soll davon ausgeschlossen bleiben, auch wenn es sich dabei um Erwerbstätigkeit in fremden Betrieben handelt. Natürlich geschieht dies aus Rücksicht auf die Agrarier, bei denen sonst die Erhebung tiefe Mißstimmung erweckt hätte. Wenn aber diese Ausnahmebestimmung der landwirtschaftlichen Kinderausbeutung damit gerechtfertigt wird, daß man derselben eine gewisse Berechtigung zuerkennt, so kann das bei Allen, die sich mit den schlimmen Zuständen auf dem Lande in dieser Hinsicht näher beschäftigt haben, nur ein ungläubiges Lächeln erregen. Da wird man wohl nächstens versuchen, die Anwerbung kindlicher Rübenzieher und ihre tagelange Beschäftigung in Regen und Sonnengluth als gesundheits- und fruchtbarkeitsfördernd auszugeben und die Rübenfelder als die reinen Ferienkolonien zu bezeichnen.

Wenn es der Regierung hoher Ernst mit ihrem Reformeifer war, so mußte sie anders zugreifen, denn die kleinste tatsächliche Verbesserung ist mehr werth, als große Vorkehrungen für eine ungewisse Zukunft. Aber gerade da hapert es. Die „sozialistische Sozialreform von Oben“ ist banterott — das Regierungsschiff ist in Händen der scharfmaschigen Unternehmerkoterie stumm und Gefinnungsverwandte, um mit weit größerem Eifer, als jemals der Arbeiterschutz betrieben wurde, wird heute der Kurs der Unterdrückung und Volksentrechtung eingeschlagen. Man natürlich von ernstlichen Reformen keine Rede mehr sein, denn je mehr die Unternehmertreife das Heft in Händen haben, desto eifriger verhindern und verschleppen sie jeden Arbeiterschutz, um dafür die Volksbelastungs- und Liebesgabenpolitik um so fruchtbringender zu pflegen. Erst wenn das arbeitende Volk diese Klotten aus seinem Pels gestüttelt hat, wird eine neue Aera erstrahlen, wahrhafter Sozialpolitik andrängen, die energisch mit den freisinnigen Mißständen antritt und die Ausbeutung gründlich zu Leibe rückt. Hoffen wir, daß die kommenden Reichstagswahlen ein Parlament schaffen, das sich unbegrenzt allen Entrechtungsplänen verweigert und die arbeiterschützende Politik der Stumm-Karborff-Posadowsky gründlich ad absurdum führt. Das wird geschehen, wenn alle Arbeiter sich ermannen, für ihre heiligen Güter, für ihre Rechte und ihre Gesundheit zu kämpfen und nur Vertreter der Klassenbewußten Arbeiterpartei in den Reichstag sendet!

Die bevorstehenden Kämpfe zur Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber.

Es ist schon eine alte Forderung, daß Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber zu beseitigen, und es ist den Arbeitern der meisten anderen Gewerbe schon gelungen, diese beiden Belastungssysteme dauernd zu beseitigen. Nur im Bäcker- und Metzgergewerbe konnte sich dasselbe bisher noch erhalten, und die Arbeitgeber werden auch jetzt wieder Alles versuchen, um das System,

welches, in Gemeinschaft mit der Nacharbeit, es ihnen ermöglicht, ihre Arbeiter ganz von der Außenwelt abzuschließen, sie, wie es bei ihnen heißt, „vor dem schädlichen Einfluß von außen her zu bewahren“, sich auch fernerhin zu erhalten. Das darf uns jedoch nicht hindern, einmal einen energischen Versuch zu dessen Beseitigung zu unternehmen, ist doch schon seit Jahrzehnten von den organisierten Kollegen anerkannt, daß die Ursache aller jener sanitären Uebelstände in den Bäckereien, die Ursache der übermenschlich langen Arbeitszeit und der gleichgültigen Daseinsweise so vieler Kollegen ist.

In diesem Jahre steht uns eine Probe, die eine Aenderung der ganzen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Gefolge haben wird, in Leipzig sowie in Hamburg-Altona und Umgebung bevor. Eine ganze Reihe anderer Städte wird durch diesen bevorstehenden Kampf in Mitleidenhaft gezogen werden, und ist es noch gar nicht abzusehen, ob nicht auch die Kollegen anderer Großstädte sich diesem Kampfe anschließen und die gestellten Forderungen auch als die ihrigen proklamieren werden. Es wird also eine aufgeregte Zeit für unsere gesammte Bäckerbewegung, denn Kämpfe von so weittragender Bedeutung, wie sie uns jetzt bevorstehen, haben wir in den letzten zwölf Jahren oder überhaupt noch nicht zu verzeichnen.

Vom Ausgange desselben wird es abhängen, ob endlich die Macht des reaktionären Innungsproletariats in Deutschland in unserem Verufe gebrochen wird, denn an das erfolgreiche Vorgehen in diesen Städten wird sich eine lange Reihe von Kämpfen in anderen Orten anschließen, wo man ebenfalls gewonnen ist, das veraltete System zu beseitigen, die Laubheit der Kollegen in der Organisation aber ein energisches Vorgehen jetzt noch nicht gestattet.

In Leipzig fordern die Kollegen Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber, sowie die Abschaffung der Nacharbeit, Minimallohn für den jüngsten Gehülfen pro Woche M. 18, den zweiten M. 21 und für den ersten M. 24. Wo bisher schon höhere Löhne gezahlt wurden, dürfen dieselben nicht gekürzt werden. Um einen Kriegsfonds zur Durchführung dieser Forderung zu schaffen, ist am 1. Februar ein Streikfonds errichtet worden, zu dem jeder Kollege 25 \mathcal{M} pro Woche beizuführen hat.

Die Stimmung unter den Kollegen ist sehr günstig, und zeigt auch das Einlaufen der Beiträge zum Streikfonds, daß es den Kollegen ernst ist mit der Durchführung ihrer Forderungen.

Die Innung nahm natürlich sofort Stellung zu diesen Forderungen und beschloß zunächst, die Mitglieder des Streikkomitees zu maßregeln, hatte jedoch damit nicht den geringsten Erfolg. Nun verhandelte sie ein vertrauliches Rundschreiben an die Meister, dahingehend, die Gesellen, welche sich im Besitze einer Karte zum Streikfonds befinden, zu maßregeln, damit, wenn der Streik losginge, kein Geselle die Arbeit niederlege. Ob ihr dieser Beschluß wohl was nützen wird? Die Kollegen, welche im Besitze einer Karte sind, werden sich wohl hüten, dieselbe ihrem Arbeitgeber zu zeigen.

Durch solche Machinationen werden die Kollegen nur angespornt, immer eifriger ihre Pflicht in der Organisation zu thun und die Forderung wird nur geschürt, so daß sie schließlich zum Ausbruch kommt.

In Hamburg stellen die Kollegen folgende, von den Vorständen der beiden Mitgliedschaften ausgearbeitete Forderungen:

1. Verpflegung und Wohnung wird den Gesellen nicht mehr vom Meister resp. Arbeitgeber gestellt.
2. Als Entschädigung hierfür ist jedem Gesellen ein wöchentlicher Lohnzuschlag von M. 12 zu verabsolgen.
3. Für Gesellen, deren Lohn dann nicht mindestens M. 21 beträgt, ist derselbe auf M. 21 zu erhöhen.
4. Beginn und Ende der Arbeitszeit bleibt unter Einhaltung der zwölfstündigen Arbeitszeit, inklusive einer Stunde Essenspause, in bisheriger Weise bestehen. Nach der Bundesratsverordnung erlaubte Ueberstunden sind mit 50 $\%$ zu vergüten.
5. An den drei Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird vom ersten bis zweiten Feiertag in keinem Betriebe gearbeitet.
6. Die Arbeitsvermittlung wird von einem auf je zwei Jahre in öffentlicher Gesellenversammlung gewählten Sprechboten verwaltet. Derselbe steht unter Kontrolle einer aus drei Meistern und drei Gesellen bestehenden Kommission. Wiederwahl ist zulässig.

- a) Das Arbeitsnachweis-Bureau darf sich weder in einer Herberge noch in einem Wirtschaftstokal befinden, sondern in einem Privattokal, möglichst im Mittelpunkte der Stadt.
- b) Ein Regulator für den Arbeitsnachweis wird unter Wahrung gleicher Rechte für beide Theile in gemeinsamer Konferenz einer Kommission der Meister und den Vorständen der beiden Mitgliedschaften Hamburgs vom Verbande der Bäcker ausgearbeitet. Dasselbe bedarf vor seinem Inkrafttreten der Bestätigung durch hierzu einzuberufende Mitgliederversammlungen.

Hier haben sich auch in letzter Zeit die in Bäckereien beschäftigten Konditionen der Bewegung angeschlossen und reichen gemeinsam mit den organisierten Kollegen ihre Forderungen ein.

Das es hier den Kollegen ernst ist mit der Erämpfung ihrer Forderungen, lehnen die Anträge der Kollegen, welche sich nicht mit 25 \mathcal{M} Extrasteuer pro Woche zufrieden geben wollten, sondern einen Beitrag von pro Woche 50 \mathcal{M} oder M. 1 forderten. Um diese Extrasteuer planmäßig einzutreiben, ist für jede Bäckerei ein Vertrauensmann ernannt, der von seinen Neben-gehilfen dieselbe jede Woche einzuzuführen hat.

Bemerkenswert ist, daß durch den regen Zuwachs in der Organisation, wodurch die Hälfte der am Orte arbeitenden Kollegen jetzt ständig beitragszahlende Mitglieder des Verbandes sind, es sich bisher noch unnötig gemacht hat, in öffentlichen Versammlungen Propaganda für die Durchführung der Forderungen und den Beitritt zur Organisation zu machen. Es muß auch endlich einmal damit gebrochen werden, tief einschneidende Fragen in öffentlichen Versammlungen zu berathen; diejenigen Kollegen, denen es ernst ist um ihre Befreiung aus menschenunwürdigen Zuständen, werden selbst aktive Kämpfer in der Organisation werden müssen, nur dann ist auf einen Sieg zu rechnen.

Opfermuth und ein fester Wille gehören dazu, den Innungen einige Zugeständnisse zur Verbesserung unserer Lage abzutrotzen, aber die organisierten Kollegen Hamburgs werden zeigen, daß sie Beides in sich vereinigen, und so dürfte denn bei Anspannung aller Kräfte bis auf's Neueste der Erfolg nicht ausbleiben. Auch die Kollegen der umliegenden Städte Altona, Wandsbek, Bergedorf, Wilhelmsburg und Hamburg haben sich der Bewegung angeschlossen, in letzteren beiden Orten nur in der Sammlung zum Streikfonds, während sie in ersteren Städten selbst sich diesen Forderungen anschließen werden und dieselben zu den ihrigen machen.

Es steht uns also ein erster Kampf in diesen Orten bevor, und die Kollegen der übrigen Städte Deutschlands haben die Pflicht, sich energisch zu rufen, um gegebenenfalls moralisch sowie finanziell ihre in den Kampf tretenden Kollegen thätkräftig unterstützen zu können.

Geschieht das überall mit gleichem Opfermuth, so wird ein vollständiger Sieg nicht ausbleiben, und wir kommen ein gutes Stück vorwärts auf der Bahn, auch für die Bäckerarbeitenden menschenwürdige Arbeits- und Lohnbedingungen zu schaffen.

Hinweg mit der Laubheit, der stumpfen Gleichgültigkeit; nur durch energisches Handeln und Vorkampfstreben werden wir dahin kommen, als Menschen unter Menschen unter Dasein freieren zu können.

Gewerkschaftliches.

* **Zur Reichstagswahl.** Wie die Innungsorgane berichten, haben die Konservativen im ersten Berliner Wahlkreis Obermeister Bernard, unseren bekannten Innungskämpfer gegen den Maximalarbeitstag und die unzulässigen Gesellen, als Reichstagskandidaten auserkoren. — Wenn der Herr gewählt wird, so ist jedem Handwerker Gewähr geboten, daß er vor dem drohenden Untergange bewahrt bleibt, und ein Gruseln überläßt uns schon, wenn wir daran denken, welche Ausnahmsgesetze dann durch den Einfluß jenes Herrn gegen seine Todfeinde, die organisierten Bäckerarbeiter, erlassen werden. Die wird er wohl nach Kamerun oder Siam deponiren lassen, wenn — er gewählt wird.

* **Provokation durch Herrn Bernard.** Der Biond des Handwerks, wie man dieser neugebackene Reichstagskandidat selbst in seinem Leitblatt titulirt, scheint jetzt ganz aus dem Häuschen zu kommen, denn er leistet sich jetzt etwas, was alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt, indem er in einem Aufsatz die Innungen ermahnt, die Räder der Arbeitsvermittlung, jenes Unterdrückungs- und Blutausgerystems in den Händen der Innung, fester zusammen zu ziehen, und sucht dies Vorgehen mit einer frechen Beleidigung aller organisierten Kollegen der größeren Städte zu begründen, indem er schreibt:

„Es ist Thatsache, daß fast in jeder größeren Stadt eine Anzahl Bäckerarbeiter sich befinden, die vermöge ihrer individuellen Eigenschaften: Trunksucht, Arbeitsfurcht, Unbuddsamkeit (u. dgl.) nicht leicht eine Beschäftigung finden; dieselben bilden aber zum Theil den Stamm der ewig Unzufriedenen; sie sind es, die bei jedem Anlasse die Knechtschaft und Ausbeutung der Bäckerarbeiter in den grellsten Farben schildern. Wird nun die Arbeitsvermittlung in die Hände der Gehülfenschaft gelegt, so werden naturgemäß die sogenannten erbgelassenen Gehülfen für sich das Vorrecht in Anspruch nehmen, zuerst in Arbeit gestellt zu werden, und jeder Zugereifte wird mit dem Bedenken abgefertigt werden können, daß ohnehin im Orte arbeitssuchende Gehülfen genug vorhanden seien. Dadurch würden die Meister dann gezwungen sein, mit den bekannten Individuen für Lieb nehmen zu müssen.“

Es ist in der That der Gipfel der Unverschämtheit, den dieser Prolog hier vom Stapel läßt, und werth, festgenagelt zu werden. Was würde der Herr dazu sagen, wenn wir die gleichen Eigenschaften: Trunksucht, Arbeitsfurcht und Unbuddsamkeit, dem Stamme der Innungen anheften wollten, wozu wir nach den vielen Saufgeigen auf Innungstagen, den Maßregelungen ihrer Arbeiter, die von dem Rechte der Koalition Gebrauch machen, und den neuerdings in der Stuttgarter, Frankfurter, Mainzer und den beiden Berliner Innungen sich gegenständig an den Kopf gemorfenen Liebenswürdigkeiten und Verdächtigungen doch alle Ursache hätten?

Würde die große Masse der Kollegen Berlins nicht so furchtbar lau sein? Würde sie dem Herrn durch Massenbeitritt in die Organisation wohl die richtige Antwort für seine Provokationen ertheilen. Aber durch die Organisationslosigkeit der dortigen Kollegen fühlt sich der Herr in seiner Macht und nimmt sich das Recht heraus, die größlichten Beleidigungen gegen die Ernährer der Innungsproben zu schreiben!

* **Jedes Mittel ist den Innungshelden heilig.** Wenn es gilt, dem Maximalarbeitstag ein Bein zu stellen. Nachdem man nun nicht mehr mit den Gegenerklärungen der Bäckerbrüderschaften gegen das Gesetz haufen geben kann — denn nachgerade haben auch die Kollegen jener Vereine und Vereindchen einsehen gelernt, daß sie sich in's eigene Fleisch schneiden, wenn sie sich von den Meistern zu solchen Handlungsdiensten gebrauchen lassen — erdreistet sich jetzt die „Berliner Bäckerzeitung“, Organ der dortigen Innung, offen den Meistern und Gesellen das Belügen der Beamten und Gerichte zu empfehlen, indem sie schreibt:

„Aus eigener Wahrnehmung können diese Beamten nichts wissen, und von den Meistern und Gesellen werden sie bei ihren Fragen nicht der Wahrheit entsprechend unterrichtet.“

Kann man es einem Meister verdenken, wenn er sich nicht durch Selbstbeleidigung eine Strafe zuzieht? Kann man es einem Gesellen, der auch einmal Meister zu werden denkt, verdenken, wenn er seine Aussagen so einrichtet, daß er sein Verbleiben nicht unmöglich macht und sich seine Zukunft verbirgt? Was Sozialdemokraten aber aussagen, hat keinen Werth, weil diese nicht als Bäcker, sondern als geblendete Parteimänner berichten. Bekanntlich hatte die Innung Freiberg in Sachen der Schlossen, nur der Wahrheit gemäß zu berichten. Man gab an, daß in fast allen Bäckereien die tägliche Arbeitszeit acht bis neun Stunden dauerte, dagegen Sonnabends, am Tage des Wochenmarktes, müsse, um den Bedarf decken zu können, 14 bis 15 Stunden gearbeitet werden. Mehr Arbeitskräfte wegen dieses einen Wochentages dauernd einzustellen, trage das Gewerbe nicht, und Ausschleifkräfte für diese Wochentage seien nicht vorhanden. Die Folge dieser wahrheitsgemäßen Angabe war für jedes Innungsmitglied ein Strafmandat.“

* **Die „lieben Kollegen“ von der Innung im Konkurrenzkampfe.** In einem westfälischen Blatte lesen wir folgende Annonce:

Empfehle jeden Tag frisch: Gewöhnliches Kornmischbrot, aus reinem Roggenmehl hergestellt. Infolge dreijähriger aktiver Dienstzeit bei der Militärbäckerabtheilung bin ich in der Lage, das Brot genau so herzustellen, wie es den A. Provinzialämtern seitens eines H. R. Kriegsministeriums vorgeschrieben ist. Mein Kornmischbrot wiegt unmittelbar nach der Erbackung 3 kg und kostet 65 \mathcal{M} . Hochachtungsvoll
Emil Bräcker, Werderstraße 45.

Zu haben auch in den bekannten durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen. Man achte auf den Stempel E. Bräcker, da Nachahmungen existiren.
D. D.

In der nächsten Nummer derselben Zeitung:
Das von mir neu eingeführte bessere Kommiss-
brot bedurfte meinerseits keiner dreijährigen Absolvierung in
Militärbäckereien, wovon die riesige Nachfrage desselben Zeugnis
gibt. Nachahmungen können stattfinden, da selbiges nicht
patentiert ist, keines Roggenbrot unübertroffen an Geschmack,
so daß es jedem Kranken empfohlen werden kann. Zu haben
in meiner Bäckerei.

Julius Dthlinghaus, Kluserstraße 25.
So geht es! Hat der Eine einen neuen Artikel eingeführt,
der Absatz findet, so kommt auch gleich ein anderer „lieber
Kollege“, der noch etwas Besseres erfunden, was auch noch
billiger ist. Und die Gesellen bezahlen die Blüthen des
Kampfes; denen werden die Löhne herabgedrückt und
die Arbeitszeit in's Unmensliche hinaufgeschraubt, damit die
Herren in der Lage sind, Einer den Anderen unterbieten zu
können!

* Aus Lübeck. Gegen die Gewährung eines freien Tages,
oder vielmehr einer freien Nacht zu Ostern, Pfingsten und
Weihnachten, haben sich die Arbeitgeber immer gestäubt mit
der Ausrede, daß das die verwohnte Kundschaft nicht gestatten
würde. Nun blieb aber immer an diesen Festtagen den Meistern
so viel Waare übrig, welche sie dann unter Preis verkaufen
mußten, so daß sie wohl oder übel zur Einsicht kommen mußten,
daß sie an diesen Tagen nicht auf ihre Geschäftskosten kommen
konnten und stets mit Schaden arbeiteten. Das hat auch die
hiesige Innung eingesehen und jetzt den vernünftigen Beschluß
gefaßt, vom ersten bis zweiten Feiertag nicht backen zu wollen
und giebt dies in Annoncen dem hiesigen Publikum bekannt,
zugleich dasselbe auffordernd, wenn sich doch ein Abtrünniger
findet, der das Festtagsbacken nicht einstellt, keine Waare dort
zu kaufen, also denselben zu boykottieren.

Wir können nur hervorheben, daß soweit dieser Weg sehr
vernünftig ist und es zum Nutzen für beide Theile, Meister wie
Gesellen, ist, wenn in der Bäckerei anstatt 365 Nächte im Jahre
nur 362 gearbeitet wird. Auf demselben Wege ließe sich auch
schließlich die Sonntagarbeit und auch die Nachtarbeit beseitigen!
Nun kommt aber die Gesellschaft der Dackmäuser, die Bäder-
brüderchaft, welche kein anderes Ziel kennt, als sich im Staube
vor den „lieben Meistern“ in Ehrfurcht und Untertänigkeit zu
wenden, herbei und statet in öffentlichen Blättern der Innung
für diesen „humanen“ Schritt ihren Dank ab, indem sie sich
zugleich erdreistet, im Namen der Lübecker Bädereigenossen zu
schreiben. Wir glauben, daß die Mehrzahl der Lübecker Kollegen
mit diesem Danke nichts gemein haben will, denn es ist dies
in der That ein Zeugnis für die Kriecherei und Unterwürfigkeit
der Brüderchaft, wie es ihr kein Mensch besser ausstellen kann.
Diese Herren, zu feige, sich selbst eine Verbesserung ihrer Lebens-
lage zu erkämpfen oder auch nur an solche Bestrebungen zu
denken, können es natürlich mit ihrer Hundsnatur auch vereinbaren,
den Arbeitgebern für etwas, was sie mehr in eigenen geschäft-
lichen Interesse gethan haben, als im Interesse ihrer Arbeiter,
und was jeder vernünftige Mensch für selbstverständlich halten
sollte, öffentlichen Dank abzustatten. Besser als hierdurch konnten
sie sich nicht blamieren!

Sperre über eine Brotfabrik. Am 7. April
wurde dem Vorsitzenden der Mitgliedschaft Lübeck gemeldet, daß
in der Brotfabrik F. Evers saures, stinkiges Wasser zum
Backen verwendet werde und eine große Anzahl Brotkörbe von
Schimmel und Schmutz ganz zerfressen und verfault seien. Auf
die Anzeige bei der Polizei wurde eine sofortige Revision vor-
genommen, eine Anzahl der Körbe beschlagnahmt; das Wasser
ließ der Beamte weglassen und wurde die Wasserpumpe, welche
sich nur einige Schritte von dem Fauchenloche befand, von der
Behörde beanstandet.

Andere Tages wurden drei organisierte Kollegen, die man
im Verdachte hatte, diese Schweinereien zur Anzeige gebracht zu
haben, sofort entlassen, worauf sich ein noch dort beschäftigter
Kollege mit den Gemäßigten solidarisch erklärte und deren
Wiedereinstellung verlangte, und als dies abgelehnt wurde,
gleichfalls die Arbeit niederlegte. Die Mitgliedschaft verhängte
sodort die Sperre über die Fabrik und wird sich das Kartell
jetzt mit der Sache beschäftigen. Die Konsumenten dieser Fabrik,
in deren Interesse es liegt, daß solche ekelhafte Schweinereien
bei der Brotbereitung beseitigt werden, werden jetzt dafür zu
sorgen haben, daß die gemäßregelten Leute auch wieder eingestellt
und die Schmutzereien abgestellt werden, was nicht so schwer
halten dürfte, da die Kundschaft in Lübeck und Hamburg,
Wandsbek sich hauptsächlich aus Arbeiterkreisen rekrutirt.

Von den vier im Auslande befindlichen Kollegen sind drei
verheiratet und werden dieselben von der Mitgliedschaft unter-
stützt. In ihrem eigenen Interesse werden alle Kollegen dringend
erlaubt, in diesem Institute keine Arbeit anzu-
nehmen, ehe nicht die Differenzen geregelt sind.
Gefordert wird: Wiedereinstellung aller Leute. Entlassung
des Verwalters Hennings und Bachmeisters Weinde. Für jeden
Arbeiter pro Woche M. 22 Minimallohn. Schichtwechsel von
6 bis 6 Uhr und Abstellung der sanitären Uebelstände.

* Aus Bergedorf. Gegenagitation gegen den Verband
zu treiben, waren einige Koryphäen der Hamburger Innung
hier anwesend und klopfen sämtliche hiesige Bäckereien ab,
um den Kollegen vorzugaukeln, daß es für sie wenig Zweck habe,
länger dem Verbandsangehörigen. Um aber auch das Angenehme
mit dem Nützlichen zu verbinden, entrieten diese Herren dann
ein verbotenes Spielchen und nahmen dabei einigen hiesigen
Kollegen ihre ganze Waarschaft ab. Die Kollegen der Vorstädte
Hamburgs wußten doch einmal jenen sauberen Elementen einen
gehörigen Denkwort mitgeben, wenn sie wiederkommen, um ihre
Läppchen zu füllen und den Kollegen ihr sauer verdientes Geld
abzulösen!

* Aus Jechow. Einen billigen Gesellen mußte sich ein
hiesiger Innungsmeister zu verschaffen, indem er sich in Ost-
preußen einen eben aus der Lehre entlassenen Kollegen auf
ein Jahr für den Preis von 52 Thalern
mietete! Daburich glaubt der Herr das edle Bäder-
handwerk zu haben, wie ja die Innungshelden immer vorgeben.
Nun hatte aber dieser Kollege bisher täglich einen Weg Brot
wegzubringen, sein Meister verlangte jedoch jetzt von ihm, daß
er täglich 5-6 solcher Wege machen sollte, was der Kollege aber
verweigerte. Darauf drohte der menschenfreundliche Meister,
ihn pro Woche eine Mark vom Lohn abzuziehen! Und das
passirt nicht in Rußland!

* Aus Zwickau. In dem Bericht der hiesigen Innung
steigt sich die Verklingskücherei, wie sie in Sachsen betrieben
wird, in ihrer ganzen, schönen Blüthe. Darnach zählte im
Jahre 1897 die Zwickauer Bäckerei 114 Mitglieder, welche 95
Gesellen und 95 Lehrlinge beschäftigten. Neu hinzu kamen im
Jahre 42 und ausgetreten hatten 34. Also in drei Jahren hat die
Zwickauer Innung genau so viel neue Gesellen fabrizirt, wie
sie überhaupt beschäftigen kann, das heißt also, länger als drei

Jahre im Durchschnitt kann kein Geselle in seinem Berufe thätig
sein, dann muß er denselben verlassen oder selbst eine Bäckerei
übernehmen, und dann wundern sich die Kleintrauter über die
Schleuderkonkurrenz!

* Aus Leipzig. Eine besondere Vorliebe für Streik-
brecher zeigte die Verwaltung der Leipziger Genossenschafts-
bäckerei, welche jetzt infolge Einführung des achtstündigen
Arbeitstages mehr Arbeiter einstellen mußte und drei Streik-
brecher vom vergangenen Herbst annahm. Ob sich die Mit-
glieder der Genossenschaft und die Konsumenten noch länger ein
solches Spiel gefallen lassen?

* Aus Lüdenscheid i. W. Ideale Zustände herrschen
in einer hiesigen Bäckerei. Dort wird den Gehälfen ein kleiner
Eimer zum Waschen angewiesen, der nebenbei auch im Bod-
betriebe benutzt wird, außerdem diente aber das viel gebrauchte
Inventarkästchen auch zum Biertrinken und wurde neulich auf
Anordnung des Meisters aus Anlaß der Gartenbestellung auch
dazu benutzt, die Jauche aus der Abortgrube nach
dem Garten zu schaffen, um dann, nothdürftig aus-
gespült, wieder zum Brotstreichen benutzt zu werden. Nicht
der Kollegen ist es, diese famosen Schweinereien unter voller
Namensnennung des ordnungsliebenden Meisters den Kon-
sumenten bekannt zu geben, damit dieselben sich schützen können
vor solchen ekelhaften Zuständen!

Versammlungen.

(Die Schriftführer werden ersucht, schmales Papier zu
gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

Altona. Öffentliche Versammlung am 30. März. Kollege
Almann rügte die Lausheit der Altonaer Kollegen und führte
ihnen den Nutzen einer strammen Organisation vor Augen.
Im Weiteren schilderte er die Innungsstrankenkassen. Die durch
die Hungerpeitsche in diese Krankenkassen getriebenen Bäckerei-
arbeiter begeben sich dadurch direkt unter die Vormundschaft der
Meister. Er schilderte dann die Angst unter den Altonaer
Meistern, die eine ähnliche wie die Hamburger Senatsverordnung
besüchten. Der Meister größte Stüge ist die, daß sie wissen,
daß die Kollegen nicht organisiert; deshalb können sie mit dem
Einzelnen machen, was sie wollen. Redner kommt noch auf
die famose Backtubenordnung der Meister zu sprechen, nach der
kein Kollege ohne Erlaubniß des Meisters Besuch in der Werk-
statt und in den „Schlafräumen“ empfangen darf. Es sei
dringend notwendig, daß endlich einmal das Kost- und Logis-
wesen beim Meister abgeklärt wird. Nachdem der Referent
die Forderungen der Hamburger Kollegen erläutert hatte, forderte
er die Altonaer Kollegen auf, energisch für den Verband zu
agitiren und sich der Hamburger Bewegung anzuschließen.
Kollege Hegemann erklärt, er könne nicht begreifen, daß die
Altonaer Kollegen noch in der Organisation so weit zurück sind,
da doch Hamburg und Altona dieselben miserablen Arbeits-
verhältnisse haben. Nachdem noch Müller, Viktor, Jüld und
Langhann im Sinne des Referenten gesprochen, wurden noch
einige kritische Verbandsangelegenheiten besprochen und geregelt.

Bergedorf. In einer öffentlichen Versammlung am
3. April, die leider nur mäßig besucht war, sprach Almann
über die Bewegung zur Abschaffung des Kost- und Logiswesens.
Sodann fand eine rege Diskussion statt über die weiteren Schritte,
welche vorzunehmen seien. Die Kollegen Schön und Peters,
sowie der Referent und ein Delegirter des Gewerkschaftskartells
betheiligten sich daran, und war man allgemein der Ansicht, daß
zunächst eine energische Agitation unter den uns fern stehenden
Kollegen zu entfalten sei, zu welchem Zwecke am Sonntag, den
17. April, eine neue

Gera. Stritznachweis-Bureau darf sich weder in es
tagte am 3. April in einem Wirtschaftskafel befinden, sonst
referirt über „Privatlokal, möglichst im Mittelpunkt der Ste-
nächsten Forderungsat für den Arbeitsnachweis wird unter
genommen. Der per Rechte für beide Theile in gemeinsamer
an die Anwesender Kommission der Meister und den Vorstän-
den Leipziger Kol Mitgliedschaften Hamburgs vom Verbands-
bezügliche Revision gearbeitet. Dasselbe bedarf vor seinem Inkre
Diskussion erklärt Bestätigung durch hierzu einzuberufende Mitglied
er sehr wenig mingen.

auch fernerhin sitoren noch folgende Abweichungen: Nachtar
Stahn einstimmigt. Ausschlag bezahlt. Einzelne Tage Arbeit f-
würde Keischer pril wurden die Forderungen an die Bäckerinnun
gewählt. Altona (Grob- und Weißbäckereinnung) und War

Hamburg. Gemeinshaftliche Agitationsversammlung der
beiden Mitgliedschaften Hamburgs bei Tütze, Valentinskamp,
am 31. März, Nachmittags 5½ Uhr. Die Diskussion über die
Frage, „ob wir überhaupt gewillt sind, die schon vorberathenen
Forderungen im Laufe dieses Jahres den Arbeitgebern zu über-
reichen?“ eröffnete Furtwengler. Er kam zu dem Schlusse, das
System des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber würde und
müsse fallen. (Beifall.) Almann theilte mit, daß er beim
Sichten des Materials zu unserer Statistik auf etwas geflohen
sei, was man in Hamburg gänzlich vermissen. Nämlich in
Frankfurt a. M. arbeiten verschiedene Kollegen fünf Jahre auf
einer Stelle, ein Kollege 19 Jahre, zwei Kollegen 15 Jahre und
verschiedene noch länger. Das Eigentümliche dabei sei, daß sie
sämmlich außer Kost und Logis sind. Da, wo die Kollegen
noch Kost und Logis beim Arbeitgeber haben, wechselt man mit
½ bis ¾ Jahr usw. Er zeigte hieran, daß das Arbeitsverhältnis
im ersten Falle immer ein stabiles sei. Die Kollegen brauchen
ihren Beruf nicht zu verlassen, nachdem sie sich erst drei Jahre
in der Lehre abgehunden haben, sie brauchen nicht mit der
Hafte auf dem Rücken sich vor dieser oder jener Fabrik hin-
zukleben und um Arbeit zu betteln und anderen Arbeitern die
Arbeitsgelegenheit wegzunehmen, sondern können sich auch in
ihrem Berufe ein menschenwürdiges Dasein gründen, und für
die älteren Kollegen wird sich alsdann auch die Gelegenheit
bieten, einen eigenen Herd zu gründen. Fälle, wie es hier in
Hamburg erst kürzlich vorgekommen, daß ein Kollege, als er
sich verheiratet hatte, gleich entlassen wurde, werden sich so
leicht nicht ereignen, denn die Arbeitgeber hätten alsdann ein
Interesse daran, Leute, mit denen sie zufrieden seien, längere
Zeit an sich zu fesseln. Das Märchen der Arbeitgeber, die
Gesellen würden nicht präzise zur Arbeit kommen, wenn sie
außer dem Hause schliefen, zieht doch nicht mehr recht. Die
Bediensteten an der Bahn müßten ja auch präzise auf dem
Posten sein, und das nicht etwa immer zu einer bestimmten
Zeit, oft mitten in der Nacht, denn sonst wären sie ihre Stelle
los. Redner ermahnte die Kollegen, rege zu agitiren und für
pünktlich zahlende Mitglieder zu sorgen; es wäre Zeit, daß
man sich der Organisation anschließe, denn die Kollegen, welche
denken, wir wollen erst einmal warten, bis die Organisirten in
den Kampf eintreten und uns nachher anschließen, irren sich,

wenn sie auf Unterstützung rechnen. Bisher meinte, man
müßte noch mehr diskutieren, in welcher Weise die Forderungen
durchgeführt werden. Die Innung mit ihren 28000 Mitgliedern
sei lange und gut organisiert und habe sich einen Kampfords
gegründet, während bei uns von einer Organisation erst seit
1884 die Rede sein könne. Der aufzunehmende Kampf sei
tief einschneidend für das bisherige Verhältnis. Jüld war der
Meinung, die Forderungen seien genügend diskutiert. Zwei
Jahre seien lange genug. Almann stellte den Antrag, weil die
Zeit schon vorgeschritten sei und eine große Anzahl Mitglieder
wegen der frühen Anfangszeit schon das Lokal verlassen mußte,
eine Kommission zu wählen, welche eine geheime Abstimmung
vornimmt, und dann in der Diskussion fortzufahren. Der
Antrag wurde angenommen. Bisher wandte sich gegen Jüld
und Tüdel und meinte, er hätte ein Recht, zu warnen, denn ihm
wäre es vorgekommen, als wenn die Kollegen noch nicht recht
über die Forderungen aufgeklärt seien. Hegemann war dafür,
daß die Forderungen eingereicht werden. Steffen war für
Gründung eines Streikfonds und wünschte, daß 25 % wöchentlich
zum Streikfonds gesteuert werden; Almann ebenfalls, bedauerte
aber, daß die Verhältnisse ein Mehr nicht gestatten. Tüdel er-
stattete den Bericht der Kommission. Es sind 267 Stimmzettel
abgegeben, 258 mit Ja, 7 mit Nein und 2 weiße. Nachdem
noch Bisher und Furtwengler für den Antrag auf Zahlung
von 25 % eingetreten, wurde derselbe einstimmig angenommen.
Dann wurde beschlossen, die gemeinschaftliche Versammlung am
14. April in demselben Lokale fortzusetzen, und darauf auf-
merksam gemacht, daß ohne Mitgliedsbuch Niemand in der
Versammlung erscheinen darf. Es haben sich 51 Mitglieder in
den Verband aufnehmen lassen. Der Vorsitzende ersucht, dafür
zu agitiren, daß in der nächsten Versammlung die doppelte
Mitgliederzahl erscheine.

Wilhelmsburg. Am Montag, den 4. April, beschäftigten
sich die hiesigen Kollegen in öffentlicher Versammlung mit der
Hamburger Bewegung. Nach längerer, sachlicher Diskussion
wurde beschlossen, vorläufig für Wilhelmsburg noch keine Forde-
rungen zu stellen, eine abwartende Stellung einzunehmen. Jedoch
wurde ein Streikfonds errichtet, zu dem die Kollegen pro Woche
25 % zu feuern haben, um auf alle Fälle gerüstet zu sein. Es
wurden drei Kollegen gewählt, welchen die Eintreibung der
Einzelnbeiträge obliegt.

Eingekandt.

Lübeck, im April 1898.
Der Aufruf der Eiberfelder Bäckerei, einen Festtag
abzuhalten, hat hier sympathisch berührt, und wurde in unserer
Versammlung am 3. April beschlossen, ein Gleiches für Schleswig-
Holstein, Lübeck und beide Mecklenburg in Vorschlag zu bringen.
Die Gründe zu diesem Vorschlage sind, daß wir hier im Norden
eine energische Agitation entfalten müssen, um die Kollegen in
den Orten, wo bisher noch keine Mitgliedschaften bestanden, zur
Organisation heranzuziehen, welche Agitation unmöglich allein
von der Hauptverwaltung ausgeführt werden kann. Diese
Agitation muß aber gerade in diesem Jahre energisch betrieben
werden, gilt es doch, zunächst den Kollegen in Hamburg-Altona-
und Umgegend, sowie in Leipzig zum Siege ihrer Forderungen
zu verhelfen, woran wir Alle das größte Interesse haben; denn
sind die Kämpfe in diesen beiden Hochburgen des Verbandes
für uns erfolgreich, so werden auch bald die Kollegen anderer
Städte sich aufrufen, ein Gleiches zu erringen. Wir glauben
nun, daß zu diesem Zwecke eine Besprechung der Vorstände
resp. Vertrauensleute der einzelnen Mitgliedschaften unbedingt
nötig ist, und ersuchen, in den Versammlungen der Mitglied-
schaften dieser Landestheile zu unserem Aufruf Stellung nehmen
zu wollen und das Resultat der Beratung an L. Breit-
haupt, Lübeck, Fischstraße 21, einzulenden.
Mit solidarischem Gruß

Der Vorstand der Mitgliedschaft Lübeck.

An die Bäcker Deutschlands,
im Besonderen an diejenigen in Dresden und Berlin.

Kollegen! In Nr. 5 unserer Zeitung stand ein Aufruf,
worin sämtliche Bäcker Deutschlands aufgefordert wurden, im
Laufe dieses Sommers Kost und Logis beim Meister abzu-
schaffen und sofort in die Bewegung einzutreten. Wir hatten
nun erwartet, daß wenigstens in den Städten, die auf dem
Kongress in Gera vertreten waren, wo doch der Beschluß gefaßt
wurde, die Delegirten sich verpflichtet fühlten, für ihre ge-
schafften Beschlüsse jetzt einzutreten. In Leipzig sind wir schon
längst in der Bewegung und feuern pro Woche 25 %. Aber
in den beiden oben genannten Städten, wo doch unabhängige
Leute im Aufrufe der Bäcker Deutschlands thätig sind, kann
man nichts hören. Wir haben ein Recht, von Euch zu ver-
langen, daß solche Fragen nicht bei Seite geschoben werden.
Von öffentlichen Versammlungen hört man aus Berlin und
Dresden gar nichts mehr, dort glaubt man wohl, die große
Masse aufzuklären, wenn die paar Verbandsmitglieder unter sich
zusammenkommen. Wir glauben, auf unseren Kongressen nicht
um die geistige Elite der Bäcker versammelt zu sehen, sondern
glaubten auch, daß es ihnen mit ihren Beschlüssen ernst sei.
Wir sind es müde, und mit uns der größte Theil der Kollegen,
weider für Kongresse aufzubringen, wo man uns schöne Reden
hält und Beschlüsse faßt, die man zu Hause nicht ausführt.
Solche Fragen, wie Abschaffung von Kost und Logis beim
Meister, die seit Jahren diskutiert werden und von jedem
denkenden Bäcker als das größte Uebel anerkannt und im Aus-
laube schon zum Theil beseitigt sind, sollte man doch nicht mehr
so leichtsinnig bei Seite lassen.

In Berlin, wo man sich eine eigene Zeitung leistet, durch
welche man doch angeblich so viel erreichen wollte, wo Reichs-
tagsabgeordnete in großen Bäckerversammlungen sprechen, wo
alte, erfahrene Führer vorhanden sind, sollte es doch wirklich
nicht schwer halten, unsere Forderungen durchzuführen.

So, nun habe ich es Euch einmal richtig gesagt; ich bin
von den Leipziger Kollegen dazu beauftragt, bin also selbst un-
schuldig daran, und nun nicht geschmolzt. Uebelnehmen giebt's
nicht. Kollegen, in allen Städten müßt ihr unbedingt die
Forderung in öffentlichen Versammlungen besprechen. Es ist
doch endlich an der Zeit, solche alte Fische abzuschaffen. Euch,
die Führer, trifft die Schuld, wenn Ihr es zuläßt, daß wir
Bäcker noch 100 Jahre hinter den anderen Arbeitern herhinken,
denn durch Abschaffung von Kost und Logis beim Arbeitgeber
wird der Bäcker erst zum selbstständigen Menschen erzogen;
bevor wir dieses nicht erreicht haben, bleiben wir eben die
zurückgebliebenen Arbeiter. Nun frisch an's Werk, Kollegen; w-
Ihr selbst keinen Rath wißt, wendet Euch an den Vorstand
nach Hamburg, der giebt Euch Bescheid und schickt auch Referenten.
Es kommt nicht darauf an, ob es Verbandsmitglieder sind, die
da hinschreiben, in solchen Fragen ist kein Unterschied zu machen,

Industrie, Handel, Gefinbedienst und Landwirtschaft bis zum vollendeten 15. Lebensjahre mit entsprechender Erweiterung der Schulpflicht auf, und sie muß auch das Ziel jedes wirklichen Sozialpolitikers und Menschenfreundes sein.

Vor Kurzem hat nun die deutsche Reichsregierung eine Enquete über den Umfang der gewerblichen Kinderbeschäftigung veranstaltet, angeblich zur Beschaffung der nötigen Unterlagen für spätere Reformen. In Wahrheit handelt es sich aber nur um eine kleine Konzession auf einen diesbezüglichen Antrag der mächtigen und für das Schicksal der Arbeiter entscheidenden Zentrumspartei, der nichts als eine Dekoration für deren sozialpolitische Thätigkeit darstellt. Seit Jahren freies die Zustände der Kinderausbeutung zum Himmel; statistisches und statistisches Material ist in der einschlägigen Literatur, vor Allem in den Fabrikinspektionsberichten genug vorhanden.

Wozu also neue Erhebungen, die Jahre lang dauern, wenn nicht zur Verschleppung nach dem beliebigen Rezept, daß Enqueten den Trug an gutem Willen bemanteln sollen? Und die Reichsregierung hat bis heute noch nicht einmal ihre in der Gewerbenovelle 1906 verliehenen Machtvollkommenheiten erschöpft, denn der Arbeiterschutz bezüglich der motorischen Werkstätten ist ebenso wenig verwirklicht wie seine Ausdehnung auf andere Werkstätten und Hausindustriebetriebe nach Maßgabe des § 154 Abs. 4; auch keine Bundesratsverordnung nach §§ 120c und d zur Durchführung der sanitären Maßnahmen in Betrieben, die Arbeiter unter 18 Jahre beschäftigen, ist bisher erlassen. Wo also bisher trotz der Möglichkeit, einzuschreiten, nicht das Geringste gethan wurde, da muß der plötzliche Reformeifer, der auf das allzungeeignetste Mittel einer langwierigen Erhebung verfällt, um so feltamer erscheinen und lebhafter Zweifel an dem Ernst des geplanten Vorgehens, das übrigens in völligem Kontrast zu Graf Posadowsky's neuem Programm: „Ohne Sozialreform“ steht, erwecken.

Und wie sollen die Erhebungen ausgeführt werden? Gerade die Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft, im Garten, Obst- und Weinbau, sowie im Gefinbedienst, soll davon ausgeschlossen bleiben, auch wenn es sich dabei um Erwerbstätigkeit in fremden Betrieben handelt. Natürlich geschieht dies aus Rücksicht auf die Agrarier, bei denen sonst die Erhebung tiefe Mißstimmung erweckt hätte. Wenn aber diese Ausnahmestellung der landwirtschaftlichen Kinderausbeutung damit gerechtfertigt wird, daß man derselben eine gewisse Berechtigung zuerkennt, so kann das bei Allen, die sich mit den schlimmen Zuständen auf dem Lande in dieser Hinsicht näher beschäftigt haben, nur ein ungläubiges Lächeln erregen. Da wird man wohl nächstens versuchen, die Anwerbung kindlicher Hübenzieher und ihre tagelange Beschäftigung in Regen und Sonnengluth als gesundheits- und fruchtbarkeitsfördernd anzugeben und die Hübenfelder als die reinen Ferienkolonien zu bezeichnen.

Wenn es der Regierung hoher Ernst mit ihrem Reformeifer war, so mußte sie anders zugreifen, denn die kleinste thatsächliche Verbesserung ist mehr werth, als große Vorlesungen für eine ungewisse Zukunft. Aber gerade da hapert es. Die sozialistische „Sozialreform von Oben“ ist bankrott — das Regierungsschiff ist in Händen der scharmachenden Unternehmertorie Stumm und Besinnungsverwandte, und mit weit größerem Eifer, als jemals der Arbeiterschutz betrieben wurde, wird heute der Kurs der Unverschämtheit und Volkentreue eingeschlagen. Es kann natürlich von ernstlichen Reformen keine Rede mehr sein, denn je mehr die Unternehmertriebe das Heft in Händen haben, desto eifriger verhindern und verschleppen sie jeden Arbeiterschutz, um dafür die Volksbelastungs- und Liebesgabepolitik um so fruchtbringender zu pflegen. Erst wenn das arbeitende Volk diese Wotten aus seinem Belz geschüttelt hat, wird eine neue Aera ernster, wahrhafter Sozialpolitik anbrechen, die energisch mit den freundschaftlichen Mißständen aufräumt und die Ausbeutung gründlich zu Leibe rückt. Hoffen wir, daß die kommenden Reichstagswahlen ein Parlament schaffen, das sich unbegrenzt allen Entrechtungsplänen widersetzt und die arbeiterschutzfeindliche Politik der Strauß-Kardorff-Posadowsky gründlich ad absurdum führt. Das wird geschehen, wenn alle Arbeiter sich ermannen, für ihre heiligsten Güter, für ihre Rechte und ihre Gesundheit zu kämpfen und nur Vertreter der Klassenbewußten Arbeiterpartei in den Reichstag zu entsenden.

Die bevorstehenden Kämpfe für die Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber.

Es ist schon eine alte Forderung, das Kost- und Logiswesen beim Arbeitgeber zu beseitigen, und es ist den Arbeitern in den meisten anderen Gewerben schon gelungen, dies durch gesetzliche Bestimmungen dauernd zu bewerkstelligen. Nur im Bäcker- und Metzgergewerbe konnte sich dasselbe bisher noch erhalten, und die Arbeitgeber werden auch jetzt wieder Alles versuchen, um das System,

welches, in Gemeinschaft mit der Nachtarbeit, es ihnen ermöglicht, ihre Arbeiter ganz von der Außenwelt abzuschließen, sie, wie es bei ihnen heißt, „vor dem schädigenden Einfluß von außen her zu bewahren“, sich auch fernerhin zu erhalten. Das darf uns jedoch nicht hindern, einmal einen energischen Versuch zu dessen Beseitigung zu unternehmen, ist doch schon seit Jahrzehnten von den organisierten Kollegen anerkannt, daß dies System die Ursache aller jener sanitären Uebelstände in den Bäckereien, die Ursache der übermenschlich langen Arbeitszeit und des gleichgültigen Daseins vieler Kollegen ist.

In diesem Jahre steht uns eine Probe, die eine Aenderung der ganzen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Gefolge haben wird, in Leipzig sowie in Hamburg-Altona und Umgebung bevor. Eine ganze Reihe anderer Städte wird durch diesen bevorstehenden Kampf in Mitleidenschaft gezogen werden, und ist es noch gar nicht abzusehen, ob nicht auch die Kollegen anderer Großstädte sich diesem Kampfe anschließen und die gestellten Forderungen auch als die ihrigen proklamieren werden. Es wird also eine aufgeregte Zeit für unsere gesammte Bäckereibewegung, denn Kämpfe von so weittragender Bedeutung, wie sie uns jetzt bevorstehen, haben wir in den letzten zwölf Jahren oder überhaupt noch nicht zu verzeichnen.

Vom Ausgange derselben wird es abhängen, ob endlich die Macht des reaktionären Innungsprotektionsismus in Deutschland in unserem Berufe gebrochen wird, denn an das erfolgreiche Vorgehen in diesen Städten wird sich eine lange Reihe von Kämpfen in anderen Orten anschließen, wo man ebenfalls gesonnen ist, das veraltete System zu beseitigen, die Laune der Kollegen in der Organisation aber ein energisches Vorgehen jetzt noch nicht gestattet.

In Leipzig fordern die Kollegen Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber, sowie die Abschaffung der Nachtarbeit, Minimallohn für den jüngsten Gehülfen pro Woche M. 18, den zweiten M. 21 und für den ersten M. 24. Wo bisher schon höhere Löhne gezahlt wurden, dürfen dieselben nicht gesenkt werden. Um einen Kriegsfonds zur Durchführung dieser Forderungen zu schaffen, ist am 1. Februar ein Streifonds errichtet worden, zu dem jeder Kollege 25 \mathcal{M} pro Woche beizusteuern hat.

Die Stimmung unter den Kollegen ist sehr günstig, und zeigt auch das Einlaufen der Beiträge zum Streifonds, daß es den Kollegen ernst ist mit der Durchführung ihrer Forderungen.

Die Innung nahm natürlich sofort Stellung zu diesen Forderungen und beschloß zunächst, die Mitglieder des Streifonds zu maßregeln, hatte jedoch damit nicht den geringsten Erfolg. Nun verhandelte sie ein vertrauliches Rundschreiben an die Meister, dahingehend, die Gesellen, welche sich im Besitze einer Karte zum Streifonds befinden, zu maßregeln, damit, wenn der Streik losginge, kein Geselle die Arbeit niederlege. Ob ihr dieser Beschluß wohl was nützen wird? Die Kollegen, welche im Besitze einer Karte sind, werden sich wohl hüten, dieselbe ihrem Arbeitgeber zu zeigen.

Durch solche Machinationen werden die Kollegen nur angespornt, immer eifriger ihre Pflicht in der Organisation zu thun und die Sühnung wird nur gesichert, so daß sie schließlich zum Ausbruch kommt.

In Hamburg stellen die Kollegen folgende, von den Vorständen der beiden Mitgliedschaften ausgearbeitete Forderungen:

1. Beschäftigung und Wohnung wird den Gesellen nicht mehr vom Meister resp. Arbeitgeber gestellt.
2. Als Entschädigung hierfür ist jedem Gesellen ein wöchentlicher Lohnzuschlag von M. 12 zu verabsolgen.
3. Für Gesellen, deren Lohn dann nicht mindestens M. 21 beträgt, ist derselbe auf M. 21 zu erhöhen.
4. Beginn und Ende der Arbeitszeit bleibt unter Einhaltung der zwölfstündigen Arbeitszeit, inklusive einer Stunde Essenspause, in bisheriger Weise bestehen. Nach der Bundesratsverordnung erlaubte Ueberstunden sind mit 50 $\%$ zu vergüten.
5. An den drei Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird vom ersten bis zweiten Feiertag in keinem Betriebe gearbeitet.
6. Die Arbeitsvermittlung wird von einem auf je zwei Jahre in öffentlicher Gesellenversammlung gewählten Sprechboten verwaltet. Derselbe steht unter Kontrolle einer aus drei Meistern und drei Gesellen bestehenden Kommission. Wiederwahl ist zulässig.

a) Das Arbeitsnachweis-Bureau darf sich weder in einer Herberge noch in einem Wirtschaftstotal befinden, sondern in einem Privatsokal, möglichst im Mittelpunkt der Stadt.

b) Ein Regulativ für den Arbeitsnachweis wird unter Wahrung gleicher Rechte für beide Theile in gemeinsamer Konferenz einer Kommission der Meister und den Vorständen der beiden Mitgliedschaften Hamburgs vom Verbands der Bäcker ausgearbeitet. Dasselbe bedarf vor seinem Inkrafttreten der Bestätigung durch hierzu einzuberufende Mitglieder- und Vorstandsversammlungen.

Hier haben sich auch in letzter Zeit die in Bäckereien beschäftigten Konditionen der Bewegung angeschlossen und reichen gemeinsam mit den organisierten Kollegen ihre Forderungen ein. Daß es hier den Kollegen ernst ist mit der Entfaltung ihrer Forderungen, lehnen die Anträge der Kollegen, welche sich nicht mit 25 \mathcal{M} Extrasteuer pro Woche zufrieden gehen wollten, sondern einen Beitrag von pro Woche 30 \mathcal{M} oder M. 1 forderten. Um diese Extrasteuer planmäßig einzutreiben, ist für jede Bäckerei ein Vertrauensmann ernannt, der von seinen Nebengesellen dieselbe jede Woche einzusammeln hat.

Bemerkenswert ist, daß durch den regen Zuwachs in der Organisation, wodurch die Hälfte der am Orte arbeitenden Kollegen jetzt ständig beitragszahlende Mitglieder des Verbandes sind, es sich bisher noch unnötig gemacht hat, in öffentlichen Versammlungen Propaganda für die Durchführung der Forderungen und den Beitritt zur Organisation zu machen. Es muß auch endlich einmal damit gebrochen werden, tief einschneidende Fragen in öffentlichen Versammlungen zu berathen; diejenigen Kollegen, denen es ernst ist um ihre Befreiung aus menschenunwürdigen Zuständen, werden selbst aktive Kämpfer in der Organisation werden müssen, nur dann ist auf einen Sieg zu rechnen.

Opfermuth und ein fester Wille gehören dazu, den Innungen einige Zugeständnisse zur Verbesserung unserer Lage abzutrotzen, aber die organisierten Kollegen Hamburgs werden zeigen, daß sie Weides in sich vereinigen, und so dürfte denn bei Anspannung aller Kräfte bis auf's Aeußerste der Erfolg nicht ausbleiben. Auch die Kollegen der umliegenden Städte Altona, Wandsbek, Bergedorf, Wilhelmsburg und Hamburg haben sich der Bewegung angeschlossen, in letzteren beiden Orten nur in der Sammlung zum Streifonds, während sie in ersteren Städten selbst sich diesen Forderungen anschließen werden und dieselben zu den ihrigen machen.

Es steht uns also ein erster Kampf in diesen Orten bevor, und die Kollegen der übrigen Städte Deutschlands haben die Pflicht, sich energisch zu rüsten, um gegebenenfalls moralisch sowie finanziell ihre in den Kampf tretenden Kollegen thätkräftig unterstützen zu können.

Geschieht das überall mit gleichem Opfermuth, so wird ein vollständiger Sieg nicht ausbleiben, und wir kommen ein gutes Stück vorwärts auf der Bahn, auch für die Bäckereiarbeiter menschenwürdige Arbeits- und Lohnbedingungen zu schaffen.

Hinweg mit der Laune, der stumpfen Gleichgültigkeit; nur durch energisches Handeln und Vorwärtstreben werden wir dahin kommen, als Menschen unter Menschen unser Dasein freier zu führen.

Gewerkschaftliches.

* Zur Reichstagswahl. Wie die Innungsorgane berichten, haben die Konservativen im ersten Berliner Wahlkreis Obermeister Bernarb, unseren bekannten Innungskämpfer gegen den Maximalarbeitsstag und die anzustrebenden Gesellen, als Reichstagskandidaten aufgestellt. — Wenn der Herr gewählt wird, so ist jedem Handwerker Gewähr geboten, daß er vor dem drohenden Untergange bewahrt bleibt, und ein Gruseln überläuft uns schon, wenn wir daran denken, welche Maßnahmen durch den Einfluß jenes Herrn gegen seine Todfeinde, die organisierten Bäckereiarbeiter, erlassen werden. Die wird er wohl nach Kamerun oder Kiamtschou deportieren lassen, wenn — er gewählt wird.

* Provozierung durch Herrn Bernarb. Der Bionier des Handwerks, wie man dieser neugeborene Reichstagskandidat selbst in seinem Leitblatt tituliert, scheint jetzt ganz aus dem Häuschen zu kommen, denn er leistet sich jetzt etwas, was alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt, indem er in einem Aufsatz die Innungen ermahnt, die Räder der Arbeitsvermittlung, jenes Unterdrückungs- und Blutsaugersystems in den Händen der Innung, fester zusammen zu ziehen, und sucht dies Vorgehen mit einer frechen Beleidigung aller organisierten Kollegen der größeren Städte zu begründen, indem er schreibt:

„Es ist Thatsache, daß fast in jeder größeren Stadt eine Anzahl Bäckereiarbeiter sich befinden, die vermöge ihrer individuellen Eigenschaften (Trunksucht, Arbeitscheu, Unbuddsamkeit etc.) nicht leicht eine Beschäftigung finden; dieselben bilden aber zum Theil den Stamm der ewig Unzufriedenen; sie sind es, die bei jedem Anlasse die Knechtschaft und Ausbeutung der Bäckereiarbeiter in den grellsten Farben schildern. Wird nun die Arbeitsvermittlung in die Hände der Gehülfenschaft gelegt, so werden naturgemäß die sogenannten ergebnelosen Gehülfen für sich das Vorrecht in Anspruch nehmen, zuerst in Arbeit gestellt zu werden, und jeder Zugereifte wird mit dem Bedenken abgefertigt werden können, daß ohnehin im Orte arbeitssuchende Gehülfen genug vorhanden seien. Dadurch würden die Meister dann gezwungen sein, mit den bekannten Individuen förmlich nehmen zu müssen.“

Es ist in der That der Gipfel der Unverschämtheit, den dieser Prozeß hier vom Stapel läßt, und werth, festgenagelt zu werden. Was würde der Herr dazu sagen, wenn wir die gleichen Eigenschaften: Trunksucht, Arbeitscheu und Unbuddsamkeit, dem Stamme der Innungen anheften wollten, wozu wir nach den vielen Saufgelagen auf Innungstagen, den Maßregelungen ihrer Arbeiter, die von dem Rechte der Koalition Gebrauch machen, und den neuerdings in der Stuttgarter, Frankfurter, Münzner und den beiden Berliner Innungen sich gegenständig an den Kopf geworfenen Liebenswürdigkeiten und Verdächtigungen doch alle Ursache hätten?

Würde die große Masse der Kollegen Berlins nicht so juchend lau sein, so würde sie dem Herrn durch Massenbeitritt in die Organisation wohl die richtige Antwort für seine Provokationen ertheilen. Aber durch die Organisationslosigkeit der dortigen Kollegen sieht sich der Herr in seiner Macht und nimmt sich das Recht heraus, die größtmöglichen Beleidigungen gegen die Ernährer der Innungsprogen zu schleudern!

* Jedes Mittel ist den Innungshelden heilig, wenn es gilt, dem Maximalarbeitsstag ein Bein zu stellen. Nachdem man nun nicht mehr mit den Segenerklärungen der Bäckereibürokraten gegen das Gesetz haften geben kann — denn nachgerade haben auch die Kollegen jener Vereine und Vereinen ersehen gelernt, daß sie sich in's eigene Fleisch schneiden, wenn sie sich von den Meistern zu solchen Handlangerdiensten gebrauchen lassen —, erdreistet sich jetzt die „Berliner Bäckereizitung“, Organ der dortigen Innung, offenen den Meistern und Gesellen das Belügen der Beamten und Gerichte zu empfehlen, indem sie schreibt:

„Aus eigener Wahrnehmung können diese Beamten nichts wissen, und von den Meistern und Gesellen werden sie bei ihren Fragen nicht der Wahrheit entsprechend unterrichtet.“

Kann man es einem Meister verdenken, wenn er sich nicht durch Selbstbezichtigung eine Strafe zuzieht? Kann man es einem Gesellen, der auch einmal Meister zu werden denkt, verdenken, wenn er keine Auslagen so einrichtet, daß er sein Verbleiben nicht unmöglich macht und sich seine Zukunft verbirgt? Was Sozialdemokraten aber aussagen, hat keinen Werth, weil diese nicht als Bäcker, sondern als gebildete Parteimänner brüskeln. Bekanntlich hatte die Innung Freiberg in Sachen der Arbeiter, nur der Wahrheit gemäß zu berichten. Man gab an, daß in jart allen Bäckereien die tägliche Arbeitszeit acht bis neun Stunden dauerte, dagegen Sonnabends, am Tage des Wochenmarktes, müsse, um den Bedarf decken zu können, 14 bis 15 Stunden gearbeitet werden. Mehr Arbeitskräfte wegen dieses einen Wochentages dauernd einzustellen, trage das Gewerbe nicht, und Ausschüßelräste für diese Wochentage seien nicht vorhanden. Die Folge dieser wahrheitsgemäßen Angabe war für jedes Innungsmitglied ein Strafmandat.“

* Die „lieben Kollegen“ von der Innung im Konkurrenzkampfe. In einem westfälischen Blatte lesen wir folgende Annonce:

Empfehle jeden Tag frisch: Gewöhnliches Rommibrot, aus reinem Roggenmehl hergestellt. Infolge dreijähriger aktiver Dienstzeit bei der Militärbäckerei bin ich in der Lage, das Brot genau so herzustellen, wie es den k. Provinzialämtern seitens eines k. Br. Kriegsministeriums vorgeschrieben ist. Mein Kommissionsrecht liegt unmittelbar nach der Erbadung 3 kg und kostet 65 \mathcal{M} . Hochachtungsvoll Emil Bräcker, Werderstraße 45. Zu haben auch in den bekannten durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen. Man achte auf den Stempel E. Bräcker. Nachahmungen existieren.

In der nächsten Nummer derselben Zeitung:

Das von mir neu eingeführte bessere Kommiss-
prot bedurfte meinerseits keiner dreijährigen Absolvierung in
Militärbädereien, wovon die riefste Nachfrage desselben Zeugnis
gibt. Nachahmungen können stattfinden, da selbiges nicht
patentiert ist, reines Roggenbrot unübertroffen an Geschmack,
so daß es jedem Kranken empfohlen werden kann. Zu haben
in meiner Bäckerei.

Julius Dthlinghaus, Kluserstraße 25.

So geht es! Hat der Eine einen neuen Artikel eingeführt,
der Absatz findet, so kommt auch gleich ein anderer „lieber
Kollege“, der noch etwas Besseres erfundet, was auch noch
billiger ist. Und die Gesellen bezahlen die Blüten des
Kampfes; denen werden die Löhne herabgedrückt und die
Arbeitszeit in's Unmensliche hinaufgeschraubt, damit die
Herren in der Lage sind, Einer den Anderen unterbieten zu
können!

* Aus Lübeck. Gegen die Gewährung eines freien Tages,
oder vielmehr einer freien Nacht zu Ostern, Pfingsten und
Weihnachten, haben sich die Arbeitgeber immer gestäubt mit
der Ausrede, daß das die vermehrte Kundchaft nicht gestatten
würde. Nun blieb aber immer an diesen Festtagen den Verkäufern
so viel Waare übrig, welche sie dann unter Preis verkaufen
mußten, so daß sie wohl oder übel zur Einsicht kommen mußten,
daß sie an diesen Tagen nicht auf ihre Geschäftskosten kommen
konnten und stets mit Schaden arbeiteten. Das hat auch die
hiesige Innung eingesehen und jetzt den vernünftigen Beschluß
gefaßt, vom ersten bis zweiten Feiertag nicht baden zu wollen
und giebt dies in Annoncen dem hiesigen Publikum bekannt,
zugleich dasselbe auffordernd, wenn sich doch ein Abtrünniger
findet, der das Festtagsbad nicht einstellt, keine Waare dort
zu kaufen, also denselben zu boykottieren.

Wir können nur hervorheben, daß soweit dieser Weg sehr
vernünftig ist, und es zum Nutzen für beide Theile, Meister wie
Gesellen, ist, wenn in der Bäckerei anstatt 365 Nächte im Jahre
nur 362 gearbeitet wird. Auf demselben Wege ließe sich auch
schließlich die Sonntagarbeit und auch die Nachtarbeit beseitigen!
Nun kommt aber die Gesellschaft der Dudmäuser, die Bäder-
brüderschaft, welche kein anderes Ziel kennt, als sich im Staube
vor den „lieben Meistern“ in Ehrfurcht und Unterthänigkeit zu
winden, herbei und stützt in öffentlichen Blättern der Innung
für diesen „humanen“ Schritt ihren Dank ab, indem sie sich
zugleich erdreistet, im Namen der Lübecker Bädereigenossen zu
schreiben. Wir glauben, daß die Mehrzahl der Lübecker Kollegen
mit diesem Danke nichts gemein haben will, denn es ist dies
in der That ein Zeugnis für die Kriecherei und Unterwürfigkeit
der Brüderschaft, wie es ihr kein Weniger besser ausstellen kann.
Diese Herren, zu feige, sich selbst eine Verbesserung ihrer Lebens-
lage zu erkämpfen oder auch nur an solche Bestrebungen zu
denken, können es natürlich mit ihrer Hundnatur auch vereinbaren,
den Arbeitgebern für etwas, was sie mehr im eigenen geschäft-
lichen Interesse gethan haben, als im Interesse ihrer Arbeiter,
und was jeder vernünftige Mensch für selbstverständlich halten
sollte, öffentlich Dank abzustatten. Besser als hierdurch konnten
sie sich nicht blamiren!

Sperre über eine Brotsfabrik. Am 7. April
wurde dem Vorsitzenden der Mitgliedschaft Lübeck gemeldet, daß
in der Brotsfabrik F. Evers saures, stinkiges Wasser zum
Baden verwendet werde und eine große Anzahl Brotskörbe von
Schimmel und Schmutz ganz zerfressen und verfault seien. Auf
die Anzeige bei der Polizei wurde eine sofortige Revision vor-
genommen, eine Anzahl der Körbe beschlagnahmt; das Wasser
ließ der Beamte weglaufen und wurde die Wasserpumpe, welche
sich nur einige Schritte von dem Sauchenloche befand, von der
Behörde beanstandet.

Andere Tages wurden drei organisierte Kollegen, die man
im Verdachte hatte, diese Schweinereien zur Anzeige gebracht zu
haben, sofort entlassen, worauf sich ein noch dort beschäftigter
Kollege mit den Gemäßigten solidarisch erklärte und deren
Wiedereinstellung verlangte, und als dies abgelehnt wurde,
gleichfalls die Arbeit niederlegte. Die Mitgliedschaft verhängte
sodort die Sperre über die Fabrik und wird sich das Kartell
jezt mit der Sache beschäftigen. Die Konsumenten dieser Fabrik,
in deren Interesse es liegt, daß solche ekelhafte Schweinereien
bei der Brotbereitung beseitigt werden, werden jezt dafür zu
sorgen haben, daß die gemäßigten Leute auch wieder eingestellt
und die Schmutzereien abgestellt werden, was nicht so schwer
halten dürfte, da die Kundchaft in Lübeck und Hamburg,
wobei sich hauptsächlich aus Arbeiterkreisen rekrutirt.

Von den vier im Auslande befindlichen Kollegen sind drei
verheiratet und werden dieselben von der Mitgliedschaft unter-
stützt. In ihrem eigenen Interesse werden alle Kollegen dringend
erlaubt, in diesem Institute keine Arbeit anzunehmen,
ehe nicht die Differenzen geregelt sind.
Gefordert wird: Wiedereinstellung aller Leute. Entlassung
des Verwalters Hennings und Bademeisters Meinde. Für jeden
Arbeiter pro Woche M. 22 Minimallohn. Schichtwechsel von
6 bis 6 Uhr und Abstellung der familiären Verhältnisse.

* Aus Bergedorf. Gegenagitation gegen den Verband
zu treiben, waren einige Koryphäen der Hamburger Innung
hier anwesend und klopfen sämtliche hiesige Bädereien ab,
um den Kollegen vorzugaukeln, daß es für sie wenig Zweck habe,
länger dem Verbandsangehörigen. Um aber auch das Angenehme
mit dem Nützlichen zu verbinden, entrieten diese Herren dann
ein verbotenes Spielchen und nahmen dabei einigen hiesigen
Kollegen ihre ganze Waarschaft ab. Die Kollegen der Vorstädte
Hamburgs müßten doch einmal jenen sauberen Elementen einen
gehörigen Denktzettel mitgeben, wenn sie wiederkommen, um ihre
Läzchen zu füllen und den Kollegen ihr sauer verdientes Geld
abzulotfen!

* Aus Jechow. Einen billigen Gesellen wußte sich ein
hiesiger Innungsmeister zu verschaffen, indem er sich in Ost-
preußen einen eben aus der Lehre entlassenen Kollegen auf
ein Jahr für den Preis von 52 Thalern
mietete! Dadurch glaubt der Herr das edle Bäder-
handwerk zu heben, wie ja die Innungshelben immer vorgeben.
Nun hatte aber dieser Kollege bisher täglich einen Weg Brot
wegzubringen, sein Meister verlangte jedoch jezt von ihm, daß
er täglich 5-6 solcher Brode machen sollte, was der Kollege aber
verweigerte. Darauf drohte der menschenfreundliche Meister,
ihm pro Woche eine Mark vom Lohn abzuziehen! Und das
passirt nicht in Ausland!

* Aus Zwickau. In dem Bericht der hiesigen Innung
sieht sich die Lehrlingszucht, wie sie in Sachen betrieben
wird, in ihrer ganzen, schönen Blüthe. Darnach zählte im
Jahre 1897 die Zwickauer Bäderinnung 114 Mitglieder, welche 95
Gesellen und 95 Lehrlinge beschäftigten. Neu hinzu kamen im
Jahre 42 und ausgetreten hatten 34. Also in drei Jahren hat die
Zwickauer Innung genau so viel neue Gesellen fabrizirt, wie
sie überhaupt beschäftigen kann, das heißt also, länger als drei

Jahre im Durchschnitt kann kein Geselle in seinem Berufe thätig
sein, dann muß er denselben verlassen oder selbst eine Bäckerei
übernehmen, und dann wundern sich die Kleintrauer über die
Schleuderkonkurrenz!

* Aus Leipzig. Eine besondere Vorliebe für Streit-
brecher zeigte die Verwaltung der Leipziger Genossenschafts-
bäckerei, welche jezt infolge Einführung des achtstündigen
Arbeitstages mehr Arbeiter einstellen mußte und drei Streit-
brecher vom vergangenen Herbst annahm. Ob sich die Mit-
glieder der Genossenschaft und die Konsumenten noch länger ein
solches Spiel gefallen lassen?

* Aus Lüdenscheid i. W. Ideale Zustände herrschen
in einer hiesigen Bäckerei. Dort wird den Gehäusen ein kleiner
Eimer zum Waschen angewiesen, der nebenbei auch im Back-
betriebe benutzt wird, außerdem diente aber das viel gebrauchte
Inventarstück auch zum Biertrinken und wurde neulich auf
Anordnung des Meisters aus Anlaß der Gartenbestellung auch
dazu benutzt, die Jauche aus der Abortgrube nach
dem Garten zu schaffen, um dann, nothdürftig aus-
gespült, wieder zum Brotstreichen benutzt zu werden. Pflicht
der Kollegen ist es, diese famosen Schweinereien unter voller
Namensnennung des ordnungsliebenden Meisters den Kon-
sumenten bekannt zu geben, damit dieselben sich schützen können
vor solchen ekelhaften Zuständen!

Versammlungen.

(Die Schriftführer werden ersucht, schmales Papier zu
gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben.)

Altona. Öffentliche Versammlung am 30. März. Kollege
Allmann rügte die Lausheit der Altonaer Kollegen und führte
ihnen den Nutzen einer strammen Organisation vor Augen.
Im Weiteren schilderte er die Innungskrankheiten. Die durch
die Hungerpeitsche in diese Kranklassen getriebenen Bäderei-
arbeiter begeben sich dadurch direkt unter die Vormundschaft der
Meister. Er schilderte dann die Angst unter den Altonaer
Meistern, die eine ähnliche wie die Hamburger Senatsverordnung
besürchten. Der Meister größte Stütze ist die, daß sie wissen,
daß die Kollegen nicht organisiert; deshalb können sie mit dem
Einzelnen machen, was sie wollen. Redner kommt noch auf
die famose Backstubeordnung der Meister zu sprechen, nach der
kein Kollege ohne Erlaubniß des Meisters Besuch in der Werk-
statt und in den „Schlafräumen“ empfangen darf. Es sei
dringend nothwendig, daß endlich einmal das Kost- und Logis-
wesen beim Meister abgeschafft wird. Nachdem der Referent
die Forderungen der Hamburger Kollegen erläutert hatte, forderte
er die Altonaer Kollegen auf, energisch für den Verband zu
agitiren und sich der Hamburger Bewegung anzuschließen.
Kollege Hegemann erklärt, er könne nicht begreifen, daß die
Altonaer Kollegen noch in der Organisation so weit zurück sind,
da doch Hamburg und Altona dieselben miserablen Arbeits-
verhältnisse haben. Nachdem noch Müller, Viktor, Zücl und
Langhann im Sinne des Referenten gesprochen, wurden noch
einige örtliche Verbandsangelegenheiten besprochen und geregelt.

Bergedorf. In einer öffentlichen Versammlung am
3. April, die leider nur mäßig besucht war, sprach Allmann
über die Bewegung zur Abschaffung des Kost- und Logiswesens.
Sobann fand eine rege Diskussion statt über die weiteren Schritte,
welche vorzunehmen seien. Die Kollegen Schön und Peters,
sowie der Referent und ein Delegirter des Gewerkschaftsvereins
betheiligten sich daran, und war man allgemein der Ansicht, daß
zunächst eine energische Agitation unter den uns fern stehenden
Kollegen zu entfalten sei, zu welchem Zwecke am Sonntag, den
17. April, eine

Gera. Ein
tagte am 3. April
referirte über „Di
nächsten Forderung
genommen. Der
an die Anwesende
den Leipziger Kol
bezügliche Resolu
Diskussion erklärt
er sehr wenig mi
auch fernerhin i
Stahn einstimmig
mählt. Zum leg
wurde Keischer
gewählt.

Hamburg. Gemeinschaftliche Tagungsversammlung der
beiden Mitgliedschaften Hamburgs bei Täte, Valentinskamp,
am 31. März, Nachmittags 5½ Uhr. Die Diskussion über die
Frage, „ob wir überhaupt gewillt sind, die schon vorberathenen
Forderungen im Laufe dieses Jahres den Arbeitgebern zu über-
reichen?“ eröffnete Furtwengler. Er kam zu dem Schlusse, daß
Stikem des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber würde und
müsse fallen. (Beifall.) Allmann theilte mit, daß er beim
Sichten des Materials zu unserer Statistik auf etwas gestoßen
sei, was man in Hamburg günstig nermisse. Nämlich in
Frankfurt a. M. arbeiten verschiedene Kollegen fünf Jahre auf
einer Stelle, ein Kollege 19 Jahre, zwei Kollegen 15 Jahre und
verschiedene noch länger. Das Eigenthümliche dabei sei, daß sie
sämmlich außer Kost und Logis sind. Da, wo die Kollegen
noch Kost und Logis beim Arbeitgeber haben, wechselt man mit
½ bis ¾ Jahr usw. Er zeigte hieran, daß das Arbeitsverhältniß
im ersten Falle immer ein stabiles sei. Die Kollegen brauchen
ihren Beruf nicht zu verlassen, nachdem sie sich erst drei Jahre
in der Lehre abgedient haben, sie brauchen nicht mit der
Flasche auf dem Rücken sich vor dieser oder jener Fabrik hin-
zustellen und um Arbeit zu betteln und anderen Arbeitern die
Arbeitsgelegenheit wegzunehmen, sondern können sich auch in
ihrem Berufe ein menschenwürdiges Dasein gründen, und für
die älteren Kollegen wird sich alsdann auch die Gelegenheit
bieten, einen eigenen Herd zu gründen. Fälle, wie es hier in
Hamburg erst kürzlich vorgekommen, daß ein Kollege, als er
sich verheiratet hatte, gleich entlassen wurde, werden sich so
leicht nicht ereignen, denn die Arbeitgeber hätten alsdann ein
Interesse daran, Leute, mit denen sie zufrieden seien, längere
Zeit an sich zu fesseln. Das Märchen der Arbeitgeber, die
Gesellen würden nicht präzise zur Arbeit kommen, wenn sie
außer dem Hause schliefen, zieht doch nicht mehr recht. Die
Bediensteten an der Bahn müßten ja auch präzise auf dem
Posten sein, und das nicht etwa immer zu einer bestimmten
Zeit, oft mitten in der Nacht, denn sonst wären sie ihre Stelle
loß. Redner ermahnte die Kollegen, rege zu agitiren und für
pünktlich zahlende Mitglieder zu sorgen; es wäre Zeit, daß
man sich der Organisation anschleße, denn die Kollegen, welche
denken, wir wollen erst einmal warten, bis die Organisirten in
den Kampf eintreten und uns nachher anschließen, irren sich,

wenn sie auf Unterstützung rechnen. Dieser meinte, man
müßte noch mehr diskutiren, in welcher Weise die Forderungen
durchgeführt werden. Die Innung mit ihren 28 000 Mitgliedern
sei lange und gut organisiert und habe sich einen Kampfplan
gegründet, während bei uns von einer Organisation erst jezt
1884 die Rede sein könne. Der aufzunehmende Kampf sei
tief einschneidend für das bisherige Verhältniß. Jäck war der
Meinung, die Forderungen seien genügend diskutirt. Zwei
Jahre seien lange genug. Allmann stellte den Antrag, weil die
Zeit schon vorgeschritten sei und eine große Anzahl Mitglieder
wegen der frühen Anfangszeit schon das Lokal verlassen mußte,
eine Kommission zu wählen, welche eine geheime Abstimmung
vornimmt, und dann in der Diskussion fortzufahren. Der
Antrag wurde angenommen. Dieser wandte sich gegen Jäck
und Thiel und meinte, er hätte ein Recht, zu warnen, denn ihm
wäre es vorgekommen, als wenn die Kollegen noch nicht recht
über die Forderungen aufgeklärt seien. Hegemann war dafür,
daß die Forderungen eingereicht werden. Steffen war für
Gründung eines Streikfonds und wünschte, daß 25 % wöchentlich
zum Streikfonds gesteuert werden; Allmann ebenfalls, bedauerte
aber, daß die Verhältnisse ein Mehr nicht gestatten. Thiel er-
stattete den Bericht der Kommission. Es sind 267 Stimmzettel
abgegeben, 258 mit Ja, 7 mit Nein und 2 weiße. Nachdem
noch Dieser und Furtwengler für den Antrag auf Zahlung
von 25 % eingetreten, wurde derselbe einstimmig angenommen.
Dann wurde beschlossen, die gemeinschaftliche Versammlung am
14. April in demselben Lokale fortzusetzen, und darauf auf-
merksam gemacht, daß ohne Mitgliedsbuch Niemand in der
Versammlung erscheinen darf. Es haben sich 51 Mitglieder in
den Verband aufnehmen lassen. Der Vorsitzende ersucht, dafür
zu agitiren, daß in der nächsten Versammlung die doppelte
Mitgliedsbeitrag erscheine.

Wilhelmsburg. Am Montag, den 4. April, beschäftigten
sich die hiesigen Kollegen in öffentlicher Versammlung mit der
Hamburger Bewegung. Nach längerer, sachlicher Diskussion
wurde beschlossen, vorläufig für Wilhelmsburg noch keine Forde-
rungen zu stellen, eine abwartende Stellung einzunehmen. Jedoch
wurde ein Streikfonds errichtet, zu dem die Kollegen pro Woche
25 % zu steuern haben, um auf alle Fälle gerüstet zu sein. Es
wurden drei Kollegen gewählt, welchen die Eintreibung der
Extrabeiträge obliegt.

Gingstadt.

Lübeck, im April 1898.
Der Aufruf der Elberfelder Bahnhalle, einen Be-
tag abzuhalten, hat hier sympathisch berührt, und wurde in unserer
Versammlung am 3. April beschlossen, ein Gleiches für Schleswig-
Holstein, Lübeck und beide Mecklenburg in Vorschlag zu bringen.
Die Gründe zu diesem Vorschlage sind, daß wir hier im Norden
eine energische Agitation entfalten müssen, um die Kollegen in
den Orten, wo bisher noch keine Mitgliedschaften bestehen, zur
Organisation heranzuziehen, welche Agitation unumgänglich allein
von der Hauptverwaltung ausgeführt werden kann. Diese
Agitation muß aber gerade in diesem Jahre energisch betrieben
werden, gilt es doch, zunächst den Kollegen in Hamburg-Altona-
und Umgegend, sowie in Leipzig zum Siege ihrer Forderungen
zu verhelfen, woran wir Alle das größte Interesse haben; denn
sind die Kämpfe in diesen beiden Hochburgen des Verbandes
für uns erfolgreich, so werden auch bald die Kollegen anderer
Städte sich aufrufen, ein Gleiches zu erringen. Wir glauben
nun, daß zu diesem Zwecke eine Besprechung der Vorstände
resp. Vertrauensleute der einzelnen Mitgliedschaften unbedingt
nöthig ist, und ersuchen, in den Versammlungen der Mitglied-
schaften dieser Bandestheile zu unserem Aufruf Stellung nehmen
zu wollen und das Resultat der Beratung an L. D. Reit-
haupt, Lübeck, Fischstraße 21, einzulenden.
Mit solidarischem Gruß

Der Vorstand der Mitgliedschaft Lübeck.

An die Bäder Deutschlands,
im Besonderen an diejenigen in Dresden und Berlin.

Kollegen! In Nr. 5 unserer Zeitung fand ein Aufruf,
worin sämtliche Bäder Deutschlands aufgefordert wurden, im
Laufe dieses Sommers Kost und Logis beim Meister abzu-
schaffen und sofort in die Bewegung einzutreten. Wir hatten
nun erwartet, daß wenigstens in den Städten, die auf dem
Kongress in Gera vertreten waren, wo doch der Beschluß gefaßt
wurde, die Delegirten sich verpflichtet fühlten, für ihre ge-
fassen Beschlüsse jezt einzutreten. In Leipzig sind wir schon
längst in der Bewegung und steuern pro Woche 25 %. Aber
in den beiden oben genannten Städten, wo doch unabhängige
Leute im Auftrage der Bäder Deutschlands thätig sind, kann
man nichts hören. Wir haben ein Recht, von Euch zu ver-
langen, daß solche Fragen nicht bei Seite geschoben werden.
Von öffentlichen Versammlungen hört man aus Berlin und
Dresden gar nichts mehr, dort glaubt man wohl, die große
Masse aufzuklären, wenn die paar Verbandsmitglieder unter sich
zusammentreffen. Wir glauben, auf unseren Kongressen nicht
nur die geistige Elite der Bäder versammelt zu sehen, sondern
glaubten auch, daß es ihnen mit ihren Beschlüssen ernst sei.
Wir sind es müde, und mit uns der größte Theil der Kollegen.
Weider für Kongresse aufzubringen, wo man uns schon heden
hält und Beschlüsse faßt, die man zu Hause nicht ausführt.
Solche Fragen, wie Abschaffung von Kost und Logis beim
Meister, die jezt Jahren diskutirt werden und von jedem
denkenden Bäder als das größte Uebel anerkannt und im Aus-
lande schon zum Theil beseitigt sind, sollte man doch nicht mehr
so leichtsinnig bei Seite lassen.

In Berlin, wo man sich eine eigene Zeitung leistet, durch
welche man doch angeblich so viel erreichen wollte, wo Reichs-
tagsabgeordnete in großen Bäderversammlungen sprechen, wo
alte, erfahrene Führer vorhanden sind, sollte es doch wirklich
nicht schwer halten, unsere Forderungen durchzuführen.

So, nun habe ich es Euch einmal gesagt; ich bin
von den Leipziger Kollegen dazu beauftragt, mir also selbst un-
schuldig daran, und nun nicht geschmolzt, Uebelnehmen giebt's
nicht. Kollegen, in allen Städten müßt ihr unbedingt die
Forderung in öffentlichen Versammlungen besprechen. Es ist
doch endlich an der Zeit, solche alte Fische abzuschaffen. Euch,
die Führer, trifft die Schuld, wenn Ihr es zuläßt, daß wir
Bäder noch 100 Jahre hinter den anderen Arbeitern herhinken,
denn durch Abschaffung von Kost und Logis beim Arbeitgeber
wird der Bäder erst zum selbstständigen Menschen gezogen;
bevor wir dieses nicht erreicht haben, bleiben wir eben die
zurückgebliebenen Arbeiter. Nun frisch an's Werk, Kollegen; wo
Ihr jezt keinen Rath wißt, wendet Euch an den Vorstand
nach Hamburg, der giebt Euch Bescheid und schickt auch Referenten.
Es kommt nicht darauf an, ob es Verbandsmitglieder sind, die
da hinschreiben, in solchen Fragen ist kein Unterschied zu machen.

da sind wir einfach Vädergesellen. Und nun bitte ich Euch noch-
mals, beherzigt diesen Rath der Leipziger Kollegen, tretet
in allen Städten in die Bewegung ein.

Mit kollegialischem Gruß
Die Kollegen Leipzigs.
J. A. G. Gräbig.

An die Kollegen Bremen!

Frühling! Erwachen! Auferstehung! Von
den Kirchen läuten sie es hinaus in alle Lande; jeder Mann,
jeder Busch predigt es noch weit eindrucklicher, weit herz-
erquickender. Rings um uns heilige Stille — die Natur wartet
nur auf das Zeichen, um das hohe Lied des Frühlings erkän-
nen zu lassen. Der Sieg des Frühlings über den Winter ist
zweifelhaft. Aber Herzen schlagen höher, wenn sie gegen
grimmige Despot bezwungen abziehen muß. Alles, was
seinem Regiment anhängend todt ist, erwacht bei des Frühlings
Eingzug zu neuem Schaffen, zu neuer Thätigkeit.

Nun wach, Kollegen, wie in der Natur, so wach es auch
in unserem wirtschaftlichen Leben zu. Es wird und muß mit
Naturnothwendigkeit der Tag kommen, an dem der Völler-
frühling einzieht in unsere Lande und auch in unsere jetzt öden,
dampfen Arbeitsstätten. Um dies aber zu beschleunigen, seid
Ihr alleamt verpflichtet, selbst daran mitzuwirken und hier-
für ist die rechte Stelle Eure Organisation. Auch Ihr seid als
Menschen geboren und habt ein Recht, als Menschen zu leben.
Euch fehlt nur die Fähigkeit und der Muth, zu erkennen, was
Ihr für Rechte habt. Darum zieht die Schranken von den
Ohren, laßt Euch nicht mehr behörden durch die schmeichel-
haften Worte Eurer Feindlinge, aber auch nicht durch ihre
Drohungen.

Am Sonntag, den 17. April, Nachmittags 3½ Uhr, findet
bei Regel Versammlung statt, und ist es dringend nothwendig,
daß Ihr alle am Plage seid. Die Zeiten sind ernst; wir
müssen durch die Organisation andere Zustände im Gewerbe
schaffen.
J. A. G. Gräbig.

Ein Wort an die Kollegen von Gera und Umgegend!

Wieder treten wir an Euch heran mit der Bitte, unseren
Worten Gehör zu schenken.

Freunde und Kollegen! Liegen denn die Verhältnisse bei
uns in Gera so günstig, daß Ihr nicht nötig halt, unsere Ver-
sammlungen zu besuchen? Habt Ihr kein Interesse daran, Eure
Sache zu verbessern? Habt Ihr nicht schon an Euren eigenen
Leide die bittersten Erfahrungen gemacht, daß die Innung sich
auf unsere Kosten mäht?

Kollegen und Arbeitsbrüder! Wollte Ihr angesichts der
Forderungen unserer Leipziger und Hamburger Kollegen ruhig
die Hände in den Schooß legen? Nein! Aufgewacht und frisch
an's Werk, tretet ein in unsere Reihen, so werden die Zustände
auch hier bald besser werden.

Kollegen! Bringt die Uebertretungen des Maximalarbeits-
tages unbekümmert zur Anzeige; wendet Euch an W. Kahl in
Leipzig, er wird das Nähere schon veranlassen; auch werden
dieselbst Anmeldungen für den Verband entgegen genommen.

Unsere Mitgliederversammlungen finden bis auf Weiteres
jeden Sonntag nach dem 1. des Monats, Nachmittags 3 Uhr,
in der „Löwenburg“, Schmelzhüttenstraße, statt, wozu wir alle
Kollegen, welche Interesse für unsere Sache haben, freundlichst
einladen.
J. A. G. Gräbig.

Kollegiales und Gerichtliches.

* Aus Wandsbek. Das patriarchalische Verhältnis
zwischen Meister und Gesellen, wie es die Innungen erstreben,
vor Gericht. In der Nacht zum 2. Februar spielte sich in der
Wandsbeker Bäckerei K. ein eigenartiger Vorgang ab,
der damit endete, daß sich der Bäckermeister D. in Schutzhaft
begeben mußte. Trotzdem D. angab, von K. nicht nur beleidigt,
sondern auch mißhandelt und bedroht worden zu sein, wurde
er auf den Weg der Privatklage verwiesen. Der Vater des
Mißhandelten strengte eine Privatklage gegen K. an. Als klage-
führender Rechtsanwalt fungierte Dr. Koch, als Verteidiger des
Verklagten Geyburgermeister Rechtsanwalt Thomsen. In der
Beweisnahme wird festgestellt, daß K. den Gesellen mit wenig
schmeichelhaften Schimpfwörtern belegt, dann zu Boden geworfen
und mißhandelt hat. K. machte zu seiner Verteidigung geltend,
daß er zuerst mißhandelt worden sei, was ihm von Seiten des
Gerichts jedoch nicht geglaubt wird. Außerdem stellt dies der
noch bei K. in Arbeit stehende Bäckermeister R. in Abrede.
Dr. Koch ersucht in Rücksicht auf die an den Tag gelegte Rohheit
der Gesellen den Verklagten zu bestrafen. Die Höhe des
Strafmaßes überläßt er dem Ermessen des Gerichts. Rechts-
anwalt Thomsen protestirt energig gegen diese Äußerungen
und stellt sich auf den Standpunkt, daß der Meister seinem
Gesellen gegenüber eine bevorrechtete Position einnimmt. Rohheit
sei es noch nicht, wenn ein Meister einen G. zu der Arbeit
antreibt, ebenso sei es keine Rohheit, wenn ein Meister einen
Lama den Arbeitsjahre zuzuwachsenden Scherz zu mache. Wenn
K. den D. zur Seite gestoßen habe, so sei dies eine Maßnahme,
zu der der Meister das Recht habe. Der Ausdruck „dummer
Junge“ sei sehr geringer Name. Dem Verklagten müsse der
Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zugesprochen werden. Diese
Rechtsbedeutungen hatten nicht die gewünschte Wirkung, denn
das Gericht verurtheilt den K. wegen Beleidigung zu 1 1/2 und
wegen Mißhandlung zu 1 1/2 Geldstrafe.

* Können Arbeitnehmer, die auf Grund § 124
der Gewerbeordnung das Arbeitsverhältnis ohne
Kündigung aufgeben, Entschädigung zur Zeit bis
zum Ablauf der Kündigungsfrist verlangen? Ueber
diese jeden Arbeiter interessirende wichtige Frage nahmen wir
der Drohschüre „Der Arbeitsvertrag des Gewerbe- und Fabrik-
arbeiters“ von Rich. Winkler, folgende Auskünfte. Die
Gewerbeordnung schweigt sich hierüber aus und die Gewerbe-
gerichte vertreten die Frage wiederholt. Sie stützen sich dabei
auf eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 3. Mai 1881, die
in Negativ, Entscheidungen über Rechts- und Ver-
hältnisse, wiedergegeben ist und die wie folgt lautet:
„Wird dem Arbeiter der ihm vertraglich zu kommenden Lohn
vorenthalten oder nicht in der bedungenen Weise bezahlt, so
gibt ihm dies wohl das Recht, die Arbeit ohne Kündigungsfrist
zu verlassen, er kann jedoch dann nur den Lohn für die
Verlängerung der Arbeit, nicht aber bis zum Ablauf der
Kündigungsfrist beanspruchen.“

Verdrehung sind aber von den Landgerichten in Leipzig
Leipzig Urtheil im entgegengekehrten Sinne gefällt worden.

* „Der Arbeitsvertrag des Gewerbe- und Fabrikarbeiters“,
von Rich. Winkler, Selbstverlag, Leipzig. An der alten Elbe 2.
Erl. Bogen Großkron. Preis 30 Pf.

behaben somit die eingangs gestellte Frage. In dem einen
Falle waren Reklamerinnen für die Zeit der Ausstellung, 1. Mai
bis 15. Oktober 1896, engagirt, verließen aber vor Ablauf der
Engagementsfrist die Stellung, weil die Frau des Arbeitgebers
die Reklamerinnen in grober Weise beleidigt hatte. Sie klagten
auf Entschädigung für die Zeit bis zum Ablauf der Engagements-
frist und gewannen ihre Klagen. Das Landgericht II in Berlin
führte aus:

„Aus § 361 Theil I Titel 5 Allgemeinen Landrechts sieht
den Klägerinnen, da ihnen durch Verschulden des Beklagten die
fernere Erfüllung des Arbeitsvertrages unmöglich gemacht
worden ist, ein Entschädigungsanspruch zu.“

In einem anderen Falle hatte eine Direktrice für Mode-
waaren die Stellung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist ver-
lassen, weil sie der Arbeitgeber grob beleidigt hatte. Sie klagte
auf Zahlung der Entschädigung für die Zeit der Kündigungsfrist,
wurde aber vom Gewerbegericht Leipzig insoweit mit ihrer Klage
abgewiesen. Ihre Berufung hatte Erfolg. Das Landgericht
Leipzig verurtheilte am 12. August 1897 den Arbeitgeber zur
Zahlung der Entschädigung und führte aus:

Zwar enthält ebenso wenig wie das Handelsgesetzbuch die
Gewerbeordnung eine Bestimmung darüber, ob der vom Dienst-
vertrage aus einem gerechten Grunde zurücktretende Theil auf
Schadenersatz Anspruch habe. Es muß aber für die Verhältnisse
der gewerblichen Betriebsbeamten (§. 133 a u. ff.) auf dem
Ergebnisse gelangt werden, zu dem die Rechtsprechung rüchlich
der Handlungsgehilfen gelangt ist. Denn die §§ 133 a u. ff.
sind in die Gewerbeordnung infolge des Verlangens der Werk-
meister eingefügt worden, es möchten die Art. 57 bis 64 des
E.-G.-B. auf sie für anwendbar erklärt werden, und diese
Regelung ist darauf im engsten Anschlusse an die handelsrecht-
lichen Sätze und nach deren Vorbild durch §§ 133 a u. ff. ge-
schehen. Motive zur Novelle vom 1. Juni 1891 bei Landmann,
R.-G.-D. II, S. 899, v. Bernow, R.-G.-D., 6. Aufl. 1897,
II, S. 362, 363. Für das Gebiet des Handelsrechts wird nun
anerkannt; damit, daß das Gesetz einen Entschädigungsanspruch
des mit Grund Zurücktretenden nicht ermähne, habe es einen
solchen nicht verneinen wollen. Vielmehr habe es insofern die
Grundsätze des bürgerlichen Rechts für maßgebend erklärt. Der
Vertragskontrakt, der durch vertragswidriges Ver-
halten gerechten Grund zum Rücktritt gebe,
mache sich nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts
ersahspflichtig für den durch die vorzeitige Auf-
lösung des Vertrages entstehenden Schaden.

Entsch. des vormal. Reichsoberhandelsgerichts Bd. XIV, S. 21,
Entsch. v. Rgl. Säch. Oberlandesgerichts im Säch. Archiv 1893,
S. 712, zu vergleichen auch § 628 Abs. 2 des künftigen bürger-
lichen, und im § 70 Abs. 2 des künftigen Handelsgesetzbuches.
Die gleichen Erwägungen wie für das Handelsrecht greifen für
die analogen Bestimmungen der Gewerbeordnung in § 133 a u. ff.
Pfad. Auch hier findet sich keinerlei Anhalt dafür, als hätte
der Gesetzgeber die Befugnis zur Vertragslösung wegen Ver-
schulden des anderen Theils — lediglich unter dem Gesicht-

punkte eines ohne eigenen Schaden nicht geltend zu machenden
weil mit dem Verluste der Vertragsrechte für die Zukunft die
bundenen Rechtsbefehle habe einräumen wollen. Vielmehr
auch hier das vertragswidrige Verhalten des Arbeitgebers, son-
es zur Vertragsauflösung berechtigt und zu ihr führt, recht-
leistung gleich und begründet deshalb nach den Sätzen des
bürgerlichen Rechts (§§ 258, 1256 B. G.-B.) Anspruch auf
Ersatz der nach dem Vertrage dem Angestellten gebührenden
Vermögensvorteile.

Die jetzt schwebende Streitfrage wird vom 1. Januar 1900
ab durch das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich
durch dessen § 628 zu Gunsten der Arbeiter geregelt. In
§ 628 besagt in seinem zweiten Absätze:

Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des
anderen Theiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatz des durch
die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens
verpflichtet.

Quittung.

Im Monat März gingen folgende Beiträge bei der Haupt-
kasse des Verbandes ein:

a) Monatsbeiträge von Mitgliedschaften und
Zahlstellen.
Harburg M. 35,70, Göckst 10, Bergeborf 6, Rostock 5,50,
Wilschmiedburg 6, Breslau 15, Frankfurt 27,50, Offenbach 24,20,
Göppingen 15, Wandsbek 5, Grobbäder Hamburg 45,70, Elber-
feld-Barmen 11,20, Lüneburg 5, Stettin 32,70, Potschappel 8,70,
Mainz 4,50, Wilschmiedburg 28,50, Altona 92,78, Stuttgart 7,50,
München 25, Elmshorn 17, Göckst 11, Hannover 18,50, Brehor 15,
Cöpenick 13, Steglitz 9,50, Pritzdam 4, Charlottenburg 1,05,
Breslau 11.

b) Beiträge von Einzelmitgliedern der Hauptkasse.
H. H. Altenessen M. 1,30, F. G. Schenfeld 4, F. G. Ehrlich
6,10, H. R. Hagen 1,30, E. H. Hagen 1,30, H. R. Halbe 2,50,
H. J. Halbe 2,40, H. R. Mühlfeld 2,40, J. H. Streumen 3,20,
F. R. Gräbenthal 3,20, H. G. Ende 1,50, A. R. Cella 5.

c) Annoncen und Abonnements.
E. G. Hamburg M. 0,40, C. R. Altona 1,20, L. S. Berlin 2,40,
R. S. 1,20, D. Stuttgart 11,80, H. F. Wandsbek 1,30, C. M.
München 35.

d) Sonstiges.
Zentral-Krankenkasse für Aufnahme der Protokolle im Mon-
at März 15. Auf Sammelliste Nr. 31 M. 5,50, Nr. 21 und
M. 7,50. Fr. B. Bremen für Protokolle vom Kongress M. 2.
Ueber den Empfang obiger Beträge quittirt dankend

Der Hauptkassirer.
Am 25. März wurde von uns die Hauptkasse revidirt und
Alles in Richtigkeit gefunden.
W. Pehr, Wilh. Bebestorf, Revisoren.

Anzeigen.

Mitgliedschaft Lübeck.

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß
unsere Versammlung nicht am 1.,
sondern am Sonntag, den
8. Mai stattfindet.
[70 1/2] Der Vorstand.

A. Hartmann,
Herrenkleidermacher,
Hamburg, Caffamacherreihe 36, 2. Et.,
empfiehlt sich
zur Anfertigung aller in seinem
Fache vorkommenden Arbeiten.
Bestellungen nach Maß
prompt und billig. [1,50]

Leipzig! Flora Leipzig!

Windmühlenstraße 14/16,
empfiehlt seine
freundschaftlichen
Vorfalitäten
nebst prachtvollen Sälen und
gesunden Schlafzimmern. Billig!
Julius Michael.
NB. Verkehr der Bäcker seit 1878.

Backofen-Neu- u. Umbau

zu Holz-, Kohlen- od. Koaksheizung.
Absatz über 5000 Stück. Perma-
nente Ausstellung von zehn Back-
öfen verschied. Konstruktionen.
Lager von Backofenarmaturen,
Chamottesteinen und Chamotte-
platten bester Qualität.
Arbeiten u. Lieferungen nur unter
Garantie der Güte bei billigster
Preisstellung. [2,70]
Prämiirt mit Staats-, goldenen u.
silbernen Medaillen.
Max Ketterer, Leipzig-Randitz,
Heinrichstrasse 21.

Ächtung! Rheinland und Westfalen. Ächtung!

Sonntag, den 24. April, Nachmittags 3 Uhr:
Erster Bezirkstag des Verbandes der Bäcker
für Rheinland und Westfalen
in der Restauration Dahmen, Elberfeld, Karlstraße 49.

Tagesordnung:
1. Organisation und Agitation. (Referent: Kollege Bartsch-Hausdorf.)
2. Eventuell Einrichtung einer Agitationskommission für Rheinland und
Westfalen. 3. Das neue Handwerksgesetz. (Referent: Kollege Göth-Barmen.)
4. Das Trucksystem. (Referent: Kollege Reichel-Schwelm.)
Einer zahlreichen Theilnahme der organisierten Kollegen sieht entgegen
Der Vorstand der Zahlstelle Elberfeld-Barmen.

Liedertafel „Amicitia-Concordia“ der vereinigten

Bäcker Hamburgs v. 1886.
Mittwoch, den 27. April:
Gr. Frühjahrs-Kränzchen
in Hamer's Etablissement (früher „Waterloo“),
Eimsbüttel.

Um 8 Uhr: Große Feste-Polonaise mit Geschenken.
Ferner: Française, Damenwahl etc.
Saalöffnung 4½ Uhr. Anfang präzis 5 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Vorstand.
NB. Unsere diesjährige große Lampen-Lusttour findet am
ersten Pfingsttage, als am 29. Mai, nach dem romantisch gelegenen
Lotalte „Zur goldenen Wiege“ in der Haake statt. [M. 5,10].

Kamerun,

Gast- und Logirhaus, Leipzig, Burgstraße 14,
empfiehlt seine Vorfalitäten zur freundlichen Benutzung. Hochfeine Küche,
sowie gut gepflegte Biere und Weine, aufmerksame Bedienung.
[M. 2,40]

„Café Ehrlich“

Katharinenstrasse No. 14, Leipzig, Katharinenstrasse No. 14,
empfiehlt seine schönen, großen Vorfalitäten zur freundlichen Benutzung.
Drei Billards (à Stunde 30 Pfennig).
Gute, billige Küche. Hochfeine Biere usw.
NB. Die „Deutsch-Amerikanische Bäcker-Zeitung“ liegt aus.
[M. 3]

Café „Metropole“

Frauenplatz 2, München, Frauenplatz 2
Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag:
Sammelpunkt aller Bäcker Münchens.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.